

Blüms Gesundheitsreform:

Patient kuriiert -

Kranksein ist schon schlimm genug. Aber für viele wird es jetzt noch schlimmer. Wenn Minister Blüm seine Vorstellungen von einer „Gesundheitsreform“ im November durchs Parlament gepeitscht hat, stirbt man am besten schnell (auch wenns kein Sterbegeld mehr gibt), denn Kranksein können sich nur noch die Gutverdienenden leisten.

Du hattest einen Unfall und mußt mit dem Krankenwagen ins Krankenhaus transportiert werden? 20 Mark bitte! Du hast Grippe und brauchst Medikamente? Das ist eine Bagatelle - 24 Mark*bitte. Du kriegst etwas verschrieben? Bitte 3 DM, aber nur bis Januar 1991, ab dann 10-20% vom Preis.

Mut zur Lücke!

Du kriegst zwei Zähne gezogen und brauchst Ersatz? Aber selbstverständlich - nach einer dicken Vorauszahlung oder gegen Vorlage eines Verrechnungsschecks. Wie soll der Zahnarzt sonst sicher sein, daß du die 40% Kostenbeteiligung (das sind schnell über tausend DM) auch bezahlen kannst! Ach, du bist gerade nicht bei Kasse? Na, da kann ich nur empfehlen: Mut zur Zahnlücke! Und spar schon mal für später, wenn vom Nicht-richtig-Kauen-können dann dein Magen kaputt ist.

Auf diese Art und Weise soll das bundesdeutsche Gesundheitswesen saniert werden. 14 Mrd. DM sollen uns so im Jahr aus der Tasche gezogen werden. Den Leuten, die schon bisher an der Krankheit verdienten, den Ärzten und vor allem der Pharmaindu-

strie wird es auch weiterhin gut gehen. Den Pillen-Giganten wird der Profit nicht beschnitten. Sie sind bestens organisiert und ihre Lobby hat schon dafür gesorgt, daß sie auch in Zukunft

Profit saniert!

ihren Reibach machen. Aber es gibt noch mehr Organisierte im Gesundheitswesen, und sie melden sich jetzt: die Krankenpfleger. Sie wissen: Die geforderte höhere Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser wird nicht nur zu Lasten der Patienten, sondern auch zu ihren Lasten gehen. Pflegepersonal wird abgebaut werden. Das bedeutet eine höhere Belastung und eine noch längere Arbeitszeit der verbleibenden Pfleger. Die Kosten für die theoretische Ausbildung des Personals in den Krankenhäusern werden

nicht mehr übernommen - das bedeutet eine Verschlechterung der Ausbildung und ein zusätzliches Risiko für die Patienten.

Die Demonstration gegen die Gesundheitsreform, die am 19. Oktober in Bonn stattgefunden hat, zeigt: Die Beschäftigten in diesem Sektor sind bereit, sich zu wehren. In München erwägen Pfleger, in den Streik zu treten, um ihren Forderungen mehr Durchsetzungskraft zu verleihen. Daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen. ÖTV und DGB müssen jetzt ge-

meinsam mit der SPD schnell und wirksam eingreifen, um Blüms Plänen einen Strich durch die Rechnung zu machen. Kämpfen wir für ein kostenloses, staatliches Gesundheitswesen!

Barbara Kirschbaum, Köln
SPD- und ÖTV-Mitglied

Vorsicht Kahlschlag!



SPD - kein Pakt mit der FDP!

Der Graf und das große Geld

Die kleine Partei des großen Geldes hat jetzt den Vorsitzenden, der am besten zu ihr paßt: Der wegen Steuerhinterziehung vorbestrafte Dr. jur. Otto Graf Lambsdorff wird die FDP in den nächsten Bundestagswahlkampf führen.

Schon der Werdegang des Grafen macht ihn zum Wunsch Kandidaten der Unternehmer und Bankiers. Jahrzehntlang war der Adelige in führenden Positionen bei Banken und Versicherungsgesellschaften tätig, so von 1972 bis 1977 Vorstandsmitglied der Victoria Rückversicherungs - AG. Gleichzeitig war und ist er Aufsichtsratsmitglied bei zahlreichen in- und ausländischen Gesellschaften und Präsident der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

In den letzten fünf Jahren der Bonner SPD/FDP-Koalition war Graf Lambsdorff Wirtschaftsminister und als Verfasser seiner bekanntgewordenen Thesen zu Sozialabbau und Vermögensumverteilung entscheidend am Zustandekommen der „Wenderegierung“ Kohl-Genscher beteiligt. Im „Lambsdorff-Papier“ aus dem Sommer 1982 ist der Kurs genau vorgezeichnet, den die kapitalhörige Kohl-Regierung inzwischen schon mit großen Schritten eingeschlagen hat.

Da die FDP sowieso nie auf die Stimmen von Arbeitern und Arbeitslosen hoffen konnte, sagte der Graf stets unverblümt, was die Linie des Kapitals zu sein hat. Schon 1980 zeigte er sich nach einer Japan-Reise von dem niedrigen Niveau japanischer Sozialleistungen, Urlaubstage und Löhne derart beeindruckt, daß er die deutschen Arbeiter für „faul“ erklärte und zur „Nachahmung“ japanischer Zustände riet.

Bezahlt von den Bossen

Auf seine Vorstrafe wegen Steuerhinterziehung angesprochen, entgegnete der Graf öfter, er habe ja alles nur für die Partei getan und keine Mark in die eigene Tasche gesteckt. In der Tat: Als Landesschatzmeister der FDP im industriereichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen von 1968-78 hat der Graf mit dazu beigetragen, die Partei vor dem finanziellen Bankrott zu retten.

Daß die FDP auch heute noch ohne Industriespitzen am Ende wäre, zeigt

der auf dem Wiesbadener Parteitag vorgelegte Rechenschaftsbericht gem. § 23, Abs. 2, des Parteiengesetzes, für das Jahr 1986. Demnach kamen 14

Millionen DM, also über 41% der Gesamteinnahmen in Höhe von 34 Millionen DM, von privaten Spendern. In der Liste der Spender über 20.000 DM

rangieren renommierte Firmen und Banken bzw. Industrieverbände ganz oben: So die Deutsche Bank mit 255.000 DM, der Verband der Metallindustrie NRW e.V. mit 125.000 DM, der Arbeitgeberverband der Metallindustrie von Wuppertal und Niederrhein e.V. mit 105.000 und neben vielen anderen der Pharma-Konzern Boehringer Mannheim GmbH mit 30.000 DM.

Doch leider sitzen die Freunde und Gönner der FDP nicht nur in den Chefetagen der Wirtschaft und der CDU/CSU! Selbst nach der Wahl Graf Lambsdorffs zum FDP-Vorsitzenden hieß es aus der SPD-Zentrale, daß die Möglichkeit einer neuen SPD/FDP-Koalition nicht grundsätzlich verbaut sei. Oskar Lafontaine, der schon wiederholt eine Koalition mit der FDP begrüßt hatte, sprach sich gegen „verkrampfte Abgrenzungen“ aus.

Die SPD muß endlich die Lehren aus der 13jährigen Koalition mit der FDP ziehen und offensiv gegen das Kapital und seine politischen Vertreter in den nächsten Wahlkampf ziehen.

Hans-Gerd Öfinger



Graf Lambsdorff, der Wunsch Kandidat des Kapitals, machte bei der Wahl zum neuen FDP-Vorsitzenden das Rennen vor seiner Konkurrentin Adam-Schwaetzer.

Der Kommentar

Strauß tot - ein Grund zur Trauer?

Strauß ist tot. Darüber soll das ganze deutsche Volk trauern. Und wenn es nicht von alleine geht, dann wird von oben nachgeholfen. Den Bayern verordnete die Landesregierung in München mehrtägige Zwangstrauer. Bürgerliche Politiker und die gesamte bürgerliche Presse überschlagen sich in ihrem Beileid.

Viele SPD-Mitglieder und -wähler waren enttäuscht, daß die ganze Parteiführung in den Trauerchor für Strauß einstimme. Nur wenige SPD-Mitglieder und am wenigsten diejenigen, die wegen Strauß 1980 in die SPD eingetreten sind, werden bereit sein, sich mit Jochen Vogel „vor dem Toten (zu) verneigen ... mit dem Respekt, der sein Engagement in unserem und für unser Gemeinwesen gebührt“.

„Klassenbewußtsein“

Strauß war neben Adenauer der bedeutendste Politiker in der Nachkriegsgeschichte:

- Seit 1961 war er Vorsitzender der CSU und seit 1978 Ministerpräsident in Bayern.

- 15 Jahre lang war er Minister in Bonn, darunter Atom-, Verteidigungs- und Finanzminister.

Er war Mitbegründer der bürgerlichen Demokratie. Das spricht nicht für Strauß, sondern gegen diese Demokratie.

Strauß war der prominenteste reaktionäre Vertreter der herrschenden Klasse. Wenn SPD und Gewerkschaften etws von ihm lernen können, dann ist es radikales Klassenbewußtsein. Dieses Klassenbewußtsein reichte aber nicht aus für seine politische Karriere. Wenn man Politik für die oberen Zehntausend machen will, aber nur mit Wählerstimmen an die politische Macht kommt, dann muß man eine Demagogie betreiben, die die Millionen Glauben macht, man würde für sie Politik machen. Jahrzehntlang hat es Strauß geschafft, die kleinen Bauern, Handwerker und sogar Arbeiter für sich und seine Klasse politisch auszubeuten. Er selbst wurde dabei nach Schätzungen der Bild-Zeitung zum vierfachen Millionär.

Die politische Karriere von Strauß ist typisch für die Generation der bürgerlichen Nachkriegspolitiker. Die meisten hatten eine nationalsozialistische Vergangenheit. Strauß war 1937 in das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) eingetreten. Das NSKK war laut Korpsbefehl die „motorisierte Kraft“ der NSDAP. Strauß war bald „weltanschaulicher Referent und Rottenführer bei Sturm 23/M86“ in München. Ihm wurde damals bescheinigt, „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat“ einzutreten.

Das hinderte ihn nach dem 2. Weltkrieg nicht daran, Chef der für die Entnazifizierung zuständigen Behörde im Landkreis Schongau zu sein. Eine echte Entnazifizierung gab es nicht. Die alten Nazis saßen sofort wieder an den Schaltstellen in Wirtschaft und Gesellschaft. Der US-Imperialismus unterstützte dies als Bollwerk gegen die soziale Revolution nach dem Krieg.

Fassade

Allerdings konnte die herrschende Klasse nicht mehr mit den alten Unterdrückungsmethoden weiterregieren. Auf Druck der organisierten Arbeiterklasse mußten weitgehende Zugeständnisse an demokratischen Rechte und sozialen Reformen gemacht werden. Leuten wie Strauß blieb nichts anderes übrig, als sich anzupassen, sonst hätten sie bei Wahlen keine Mehrheiten bekommen.

Hinter der demokratischen Fassade, die zur Zufriedenstellung der Wähler aufgebaut wurde, verbarg sich aber von Anfang an die erneute Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit. Und wo mit Mitteln der parlamentarischen Demokratie die Interessen des Kapitals nicht durchgesetzt werden konnten, wurden eben wirksamere Mittel eingesetzt: Bestechung, Erpressung, Verfassungsverstoß, Gesetzes- und Rechtsverstöße bis hin zu staatsstreichähnlichen Methoden. Die Barschel/Pfeiffer-Affäre war kein Ausreißer dieser Demokratie, sondern Tradition. Und Strauß gehörte stets zu den besten Vertretern dieser Tradition.

Sämtliche seiner Affären hier aufzulisten würde den Rahmen sprengen. Die meisten zeichneten sich dadurch aus, daß Strauß seine jeweiligen Positionen (z.B. als Verteidigungsminister) dazu benutzte, seinen Freunden in der Industrie Aufträge zuzuschanden und selbst dabei nicht schlecht zu verdienen. Im Fall der Starfighter-Affäre bedeutete dies den Tod von 110 Piloten - für keinen von ihnen gab es bis heute eine öffentliche Trauerrede. Herausragend war die Spiegelaffäre 1962, ein direkter und massiver Angriff auf die Pressefreiheit und die Informationspflicht der Journalisten.

Demagogie

Leider hat die SPD diese Skandale damals nicht genutzt, um der Herrschaft der bürgerlichen Parteien und Leuten wie Strauß ein rasches Ende zu bereiten. Im Gegenteil. Vier Jahre nach der Spiegel-Affäre half die SPD mit ihrem Eintritt in die Große Koalition der herrschenden Klasse aus dem Schlamassel der bis dahin tiefsten Krise. Die SPD-Führung ging sogar so weit, Strauß zu rehabilitieren, indem sie ihn als Bundesfinanzminister akzeptierte.

Die Instabilität und der Niedergang der CSU wird durch den Tod von Franz Josef Strauß beschleunigt. Da gibt es nichts zu trauern.

Vor 50 Jahren „Reichskristallnacht“ Teile und Herrsche

11. November 1938, Heydrich an Göring: „In zahlreichen Städten haben sich Plünderungen jüdischer Läden und Geschäftshäuser ereignet. ... Die in den Berichten aufgeführten Ziffern: 815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesteckte oder sonst zerstörte Warenhäuser, 171 in Brand gesetzte oder zerstörte Wohnhäuser geben ... nur einen Teil der wirklich vorliegenden Zerstörungen wieder. ... An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden 11 Gemeindehäuser, Friedhofskapellen dergleichen in Brand gesetzt und weitere 3 völlig zerstört. Festgenommen wurden rund 20.000 Juden. ... An Todesfällen wurden 36, an Schwerverletzten ebenfalls 36 gemeldet. Die Getöteten bzw. Verletzten sind Juden.“

Diese vor Zynismus triefende Erfolgsmeldung des Polizeichefs Heydrich erwähnt mit keinem Wort, daß Gliederungen der staatstragenden NSDAP selbst für das Chaos verantwortlich waren, das sich in der „Reichskristallnacht“ (so genannt wegen der unzähligen zerschlagenen Scheiben) zwischen dem 9. und 11. November 1938 „ereignet“ hat. Mord- und Brandkommandos von SA und SS gingen erstmals in großem Stil öffentlich brutal und gewalttätig gegen die jüdische Minderheit in Deutschland vor, die bereits seit Jahren von der Nazi-Propaganda und Gesetzgebung diskriminiert worden war.

Verhaftungen

Schon im Jahr 1933 hatten SA und SS mit einzelnen Razzien und Verhaftungen gegen Juden begonnen; wenige Tage nach der Machtübernahme orga-

lieferung in Konzentrationslager statt. Juden werden gezwungen, die Vornamen „Sara“ und „Israel“ anzunehmen. In dieser langen Kette von Angriffen und Verfolgungen stellt die Reichskristallnacht eine erhebliche Verschärfung, aber noch lange nicht das schreckliche Ende dar.

Vorurteile

Der Grund für diese Diskriminierungsstrategie kann nicht einfach im kranken Hirn Hitlers gefunden werden. Die Nazi-Propaganda gegen die Juden stützte sich besonders in der Anfangszeit der 30er Jahre zunächst auf tatsächlich vorhandene Abneigungen und Vorurteile.

Seit dem Mittelalter hatten Juden in vielen Ländern Europas eine Sonderstellung in der Gesellschaft eingenommen. Juden unterschieden sich durch religiöse und Alltagsbräuche von der

wisse Anzahl jüdischer Kleinbürger und Bourgeois.

Die wirklichen Schächerer und Wucherer wurden immer weniger, und wenn das Proletariat bereits zu Anfang des Jahrhunderts die politische Macht ergriffen und der Ausbeutung die Grundlage entzogen hätte, wäre diese Schicht und damit auch die anti-jüdischen Vorurteile rasch völlig verschwunden. Der bürgerliche Staat konnte allerdings nach dem ersten Weltkrieg mit tatkräftiger Unterstützung der SPD-Führung überleben.

Wirtschaftskrise

Ende der 20er Jahre kam die Weimarer Republik in eine katastrophale Wirtschaftskrise. 1929 waren 3 Millionen, 1932 schon 6 Millionen arbeitslos. In dieser Lage war die Bourgeoisie brennend daran interessiert, die Arbeiterklasse unter Ausnutzung nationaler, religiöser und sozialer Vorurteile zu spalten und von Kämpfen um Lohn und Brot abzulenken, indem sie Sündenböcke für die Krise präsentierte. Da kamen die noch vorhandenen Reste des alten Judenvorurteils gerade recht, die vor allem bei ruinierten Kleinbürgern und unorganisierten Arbeitslosen auf fruchtbaren Boden fielen.

Diesen Tendenzen hätte nur die organisierte Arbeiterschaft entgegenwirken können, indem sie die wirklichen Ursachen der gesellschaftlichen Krise bloßlegte und bekämpfte. Vom Ausgang dieses Klassenkampfes hing letztendlich auch das Schicksal der religiösen und nationalen Minderheiten ab.

Der Bourgeoisie war diese Lage jederzeit bewußt. Nachdem es immer schwieriger wurde, ihre Herrschaftsgrundlage, den Kapitalismus, auf der Grundlage einer bürgerlich-demokratischen Republik zu verteidigen, entschloß sie sich, mit Hilfe der NSDAP alle Stützpunkte der unabhängig organisierten Arbeiterbewegung in der Gesellschaft zu zerschlagen; d.h. die Gewerkschaften, alle Arten von Arbeiterparteien und Vereinen, Jugendorganisationen, Schutzverbände wie Reichsbanner oder Rotfront usw.

Aufgabe der Faschisten

Vom Standpunkt der Bourgeoisie betrachtet war dies die Hauptaufgabe der Faschisten. Dabei hatten sie unerwartet leichtes Spiel, weil die Arbeiterklasse im entscheidenden Augenblick in zwei sich bekämpfende Hauptströmungen, Sozialdemokraten und Kommunisten, gespalten war; deren Führungen wollten sich nicht zu einer antifaschistischen Einheitsfront verbinden.

So konnten am 2. Mai 1933 ohne nennenswerte Gegenwehr alle Gewerkschaftshäuser von den Nazis besetzt, die Arbeiterparteien verboten und deren Aktivisten in den KZ's interniert werden. Die Gewerkschaften wurden in der NS-Organisation „Deutsche Arbeitsfront“ gleichgeschaltet. Als dann in der Folgezeit die Angriffe gegen Juden und andere Minderheiten immer brutaler wurden, gab es keine Organisationen mehr, die dagegen vorgehen konnten; und Proteste von einzelnen waren leicht zu unterdrücken.

Ab 1938 werden Juden völlig aus dem öffentlichen Leben verdrängt. Zwischen 1933 und 1941 können etwa 200.000 Juden aus Deutschland fliehen. Am 30.1.1939 kündigt Hitler im Reichstag die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ an. 1941 werden Juden gezwungen, einen „Judenstern“ zu tragen, die Emigration wird ihnen verboten. Nach dem Beginn des 2. Weltkrieges glauben die Nazis, auf die Weltöffentlichkeit keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen; während des Feldzuges gegen die Sowjetunion werden in den besetzten Gebieten Juden systematisch umgebracht. Ab Juli 1941 wird die sogenannte „Endlösung“ auf das gesamte Reichsgebiet ausgedehnt; in den Gaskammern der Konzentrationslager, bei Erschießungen, unmenschlichen Arbeitseinsätzen und Menschenversuchen werden bis 1945 über 6 Millionen Menschen ermordet.

Arnd Kranefeld, Aachen
Jungsozialist und IGM



Durch das geschickte Aufgreifen von jahrhundertealten Vorurteilen lenkte die Bourgeoisie von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten ab.

nisieren die Nazis einen Boykott jüdischer Geschäfte (1.4.33). Noch im April werden jüdische Beamte entlassen, jüdischen Ärzten und Anwälten wird die Zulassung entzogen.

Im Sommer 1935 tauchen in Schaufenstern häufiger judenfeindliche Schilder auf, und am 15.9.1935 werden die Nürnberger Rassengesetze verkündet. Darin wird die Überlegenheit der arischen Rasse behauptet, Ehen und sexuelle Beziehungen zwischen Ariern und Juden werden bei harten Strafen verboten. Allen Juden werden die bürgerlichen Rechte entzogen. Die meisten jüdischen Angestellten in Privatunternehmen werden entlassen.

Ab 1937 werden jüdische Ladenbesitzer gezwungen, ihre Geschäfte weit unter Wert an Nichtjuden zu verkaufen, jüdische Privatvermögen werden konfisziert. Ein Jahr später finden die ersten Massenverhaftungen zur Ein-

Bevölkerungsmehrheit, feudale und zünftische Vorschriften der Länder, in denen sie lebten, verwehrten ihnen die Ausübung der meisten Handwerksberufe. Andererseits räumten viele Fürsten nur den Juden das Recht ein, als Geldverleiher Zinsen zu verlangen. Geldgeschäfte galten in der vorkapitalistischen Zeit als etwas anrüchig, aber mit Hilfe der Steuern von jüdischen Verleihern gelang es vielen Feudalherrn, ihren Hofstaat oder ihre Armee auszurüsten oder sich einfach selbst zu bereichern. So bildete sich über Jahrhunderte das Bild vom jüdischen Schächerer.

Die Entwicklung der kapitalistischen Industriegesellschaft bereitete jedoch den Zünften ein Ende und ebnete die Unterschiede zwischen jüdischen und nichtjüdischen Proletariern mehr und mehr ein. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts gab es im Bereich Handel, Banken und freie Berufe eine ge-

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 02 21/134504

Bankverbindung: PGiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

„Revolutionärer“ Reformismus à la DKP

Die DKP steckt in der Krise. Stagnation und Rückgang in der Mitgliederentwicklung – besonders unter Jugendlichen – sowie weiterer Verlust an politischen Einfluß sind klare Anzeichen dafür. Eigentlich sollten doch Perestroika und Glasnost die Attraktivität der DKP steigern, schließlich konnte sich die sowjetische Bürokratie dadurch weltweit profilieren. Tatsächlich aber nehmen Streitereien, Unzufriedenheit und politische Verwirrung in der „kleinen Partei“ zu. Sie sind Ausdruck für undemokratische Methoden in der Partei und das völlig unkritische Verhältnis zu den sogenannten „sozialistischen“ Staaten. Der Parteivorstand versucht jetzt, mit dem Reformprogramm „BRD 2000“ die Reihen wieder zu schließen.

Mit Hilfe der Bosse zum Sozialismus?

Wichtigstes Kapitel im neuen Entwurf ist die Friedenspolitik. Gefordert wird dafür eine massive Abrüstung. Grundlage soll ein „Neues Denken und Handeln“ sein. Die Kapitalisten sollen in eine „Koalition der Vernunft“ gezwungen werden, schließlich soll der Imperialismus „friedensfähig“ gemacht werden. Anzustreben sei eine friedliche Koexistenz zwischen Ost und West sowie ein Wettstreit der Systeme.

Richtig ist natürlich, für Abrüstung zu kämpfen. Aber es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, der Kapitalismus könnte friedensfähig gemacht werden. Zum einen bedeutet die Rüstungsindustrie riesige Gewinne für die Unternehmer, auf die sie nicht verzichten werden. So ist das Weltraumprogramm SDI der USA auch in erster Linie ein Wirtschaftsprogramm. Zum anderen wird der Kapitalismus nie die Existenz von Planwirtschaften, auch wenn sie bürokratisch und undemokratisch sind, akzeptieren können. Die beste Friedenspolitik ist der Kampf gegen den Kapitalismus, der Kampf für eine wirklich sozialistische Gesellschaft.

Internationale Politik

Kampf gegen den Kapitalismus bedeutet auch Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der „3. Welt“. Hier fordert die DKP eine neue Weltwirtschaftsordnung. Die bundesdeutschen Kapitalisten sollen z.B. den unterentwickelten Ländern gerechte

Handelsbedingungen, nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht gewährleisten. Auf internationaler Ebene soll die UNO die Politik der multinationalen Unternehmen kontrollieren. Gefordert wird auch eine Demokratisierung von UNO, IWF und Weltbank.

Anscheinend vergißt die DKP, daß diese Institutionen die Instrumente des Imperialismus sind, um die Ausbeutung der „3. Welt“ zu organisieren. Mit ihrer Hilfe sichern sich die Kapitalisten der entwickelten Länder billige Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und Absatzmärkte. Eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen der Entwicklungsländer bedeutet eine Verringerung der Profite für die Bourgeoisie. Und dies soll mit den Instrumenten der Bourgeoisie durchgesetzt werden?

Reformierbarer Kapitalismus?

Für die BRD fordert die DKP einen alternativen Entwicklungsweg zu Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Abbau von demokratischen Rechten. Sie fordert eine „sozialorientierte Modernisierung“ der Gesellschaft. Konkret bedeutet dies, daß bei Beibehaltung von Privateigentum an Produktionsmitteln und Profitstreben staatliche Regulierungsmechanismen entwickelt werden sollen. Über staatliche Investitions- und Subventionspolitik, über öffentliche Investitionsprogramme im Umwelt- und sozialen Bereich soll die Krise der kapitalistischen Wirtschaft behoben werden. Finan-

ziert werden soll dies durch gezielten Subventionsabbau, durch Steuererhöhungen für Profite sowie durch Einsparungen aus der Rüstung.

Daß ein solches Programm nur gegen den Widerstand der Unternehmer durchgesetzt werden kann, weiß auch die DKP. Sie weist deshalb zurecht auf die Notwendigkeit des Klassenkampfes hin. Es ist richtig, daß wir für Reformen, für jede Verbesserung der Le-

tion stellen also keinen Widerspruch dar, sondern gehören untrennbar zusammen.

Deutlich wird dies auch bei der Forderung der DKP nach Ausweitung der Mitbestimmung, Kontrolle und Demokratie in den Betrieben. Gerade die Praxis der Mitbestimmung hat gezeigt, daß sich letztendlich doch die Unternehmer durchsetzen. Selbst in der heute höchstentwickelten Form

die Möglichkeiten für ein besseres Leben aller Menschen dank der Produktivkraftentwicklung so gut sind wie noch nie zuvor, ist der Kapitalismus – national wie international – immer weniger in der Lage, unsere Lebensgrundlagen zu garantieren. Wenn man, wie die DKP, davon ausgeht, daß die Widersprüche des Kapitalismus (Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung, Rüstung etc.) im Rah-



Ungewohnte Debatten um die innerparteilichen Kritikmöglichkeiten wird es auf dem 9. Parteitag der DKP geben.

bensbedingungen der Arbeiterklasse kämpfen müssen, und sei sie noch so begrenzt. Allerdings stellt sich dabei, gerade in einer sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation, immer deutlicher die Frage nach der Überwindung des kapitalistischen Krisensystems. In den heutigen Klassenausinandersetzungen geht es kaum noch um Reformen, sondern vielmehr um die Abwehr von Angriffen, wie z.B. im Kampf um Rheinhausen, gegen §116, Steuer-, Gesundheits- und Postreform“, Sozialabbau usw. Dies wird sich in Zukunft sogar noch verschärfen.

Reform oder Revolution?

Die Kapitalisten werden unsere Rechte und unseren Lebensstandard immer stärker angreifen. Einiges ist ja schon bekannt: Ausweitung der Wochenendarbeit, angedrohte Lohnsenkungen bei Daimler und VW, Einführung der Karenztage usw. Die Wahl von Lambsdorff zum Parteivorsitzenden der FDP kündigt auch eine noch schärfere Vorgehensweise der Unternehmer an.

Der Kampf um Reformen muß mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden werden. Reform oder Revolu-

der Mitbestimmung, in der Montanindustrie, konnte sie die Vernichtung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen nicht verhindern. Die Frage ist, wem die Unternehmen gehören. Wie will man etwas kontrollieren, was einem nicht gehört?

Wie zum Sozialismus?

Natürlich zeigt die Geschichte der Arbeiterbewegung, daß es möglich ist, den Kapitalisten Zugeständnisse abzurufen. Am ehesten war dies allerdings in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs möglich. Heute, wo zwar

men des Kapitalismus und sogar mit der Unterstützung einiger Kleinkapitalisten zu beheben wären, muß man sich fragen: warum überhaupt Sozialismus, zur Lösung der Probleme wäre er demnach ja nicht notwendig. Da befindet sich die DKP auf dem Holzweg, wie die meisten Oberstrategen der SPD. Es gibt allerdings hierbei einen entscheidenden Unterschied: In der SPD lohnt sich der Kampf um den revolutionären Weg. Sie ist die Partei, die von den meisten Arbeitern als ihre Partei verstanden wird. Im Vergleich dazu ist die DKP bedeutungslos.

Forderung nach Recht auf Kritik

Erstmals in der 20jährigen Geschichte der DKP entwickeln sich offene Kritik und Gegenpositionen zur offiziellen Parteilinie. Grundlage dafür ist der drastische Mitgliederrückgang in den letzten Jahren und der weitere Verlust des ohnehin geringen politischen Einflusses. Zum bevorstehenden 9. Parteitag der DKP hat der Parteivorstand ein Papier „Zur Lage und künftigen Entwicklung der Partei“ verabschiedet. Hauptstreitpunkt dabei ist die „Erneuerung der DKP“. Die Arbeitsgruppe des Entwurfes konkludiert, daß die Arbeitsgruppe des Entwurfes konnte sich allerdings nicht auf ein einheitliches Papier einigen, deshalb liegt jetzt eine Mehrheits- und eine Minderheitsposition vor – einmalig in der Geschichte der DKP.

Wieviel Glasnost ist zulässig?

Die Parteivorstandsmehrheit sieht die Ursachen für die Schwierigkeiten in den objektiven Bedingungen, in globalen Problemen, der „revolutionären“ Umgestaltung in der Sowjetunion und in der Umbruchphase des Kapitalismus. Da ist die sich entwickelnde Opposition anderer Meinung: Sie fordert Glasnost und Perestroika für die DKP. Sie fordert das Recht auf offene Diskussion und Kritik. Oppositionelle Meinungen dürften nicht gleich als Abweichlertum oder gar Antikommunismus abgetan werden.

Beklagt wird auch die bürokratische Zentralisation der Parteiorganisation. Dafür können allerdings die wenigsten Parteiführer Verständnis aufbringen. Sie verweisen auf den „zutiefst demokratischen Charakter der

DKP“ und darauf, daß sie „durch ihre ganze Entwicklung, ihre Politik und Praxis ihre demokratische Verfassung bewiesen“ hat. Allzu glaubwürdig erscheint dies wirklich nicht, gerade in Anbetracht der völlig unkritischen Haltung der DKP zur stalinistischen Diktatur in der Sowjetunion. Es wird nur von gewissen Fehlentwicklungen und Deformationen im „Sozialismus“ gesprochen, die durch die Stalin-Zeit und die Verteidigung gegen den Imperialismus verursacht wurden.

Im Minderheitspapier wird allerdings eine mangelnde Analyse der Stalin-Ara beklagt. Es wird behauptet, „daß der Stalinismus selbst Tabuzone für die marxistische Analyse blieb.“ Dabei gibt es eine derartige Analyse. Die DKP-Genossen haben wohl noch nie was von Leo Trotzki gehört, einem wichtigen Führer der Oktoberrevolution und Hauptgegner Stalins. Er lieferte 1936 mit dem Buch „Verratene Revolution“ eine detaillierte Erklärung für die Entwicklungen in der Sowjetunion. 1941 wurde von Stalins Schergen umgebracht.

Auslöser für Streitereien und Stagnation der DKP sind sich verschärfende Klassenkämpfe in der BRD, in denen die DKP immer weniger eine Rolle spielt. Sie findet sich in einer ähnlichen Situation wieder wie die Grünen. Im Gegensatz dazu verstärkt sich der Druck auf SPD und Gewerkschaften, gegen die Angriffe des Kapitals zurückzuschlagen. Dies ist auch verständlich, denn schließlich orientiert sich die Mehrheit der Arbeiter an der SPD (Unterstützung und Mitgliedschaft). Deshalb müssen wirkliche Marxisten in der SPD arbeiten und nicht in der DKP.

Andreas Paqué, Köln
Jungsozialist

SPD-Landesparteitag in Schleswig-Holstein Engholm auf „Sachzwangkurs“

Geduldig sollen sie sein, die SPD-Anhänger im Land zwischen den toten Meeren. Dies war die Botschaft von Ministerpräsident Engholm auf dem Landesparteitag in Lübeck-Travemünde.

Viele Genossinnen und Genossen machten sich zurecht Sorgen um die Erfüllung von Wahlversprechen. Zum Beispiel in Bezug auf die Kernenergie: Statt einer Massenmobilisierung für die sofortige Abschaltung der AKW's will sich die Regierung auf wissenschaftliche Gutachten und deren Wirkung vor bürgerlichen Gerichten verlassen. Einmal ist sie damit schon gescheitert. Auf Anweisung des Bonner Umweltministers Töpfer mußte sie eine Wiederaufnahmegenehmigung nach einer Kontrollpause für das AKW Brokdorf erteilen. Die Bonner Regierung und deren Richter werden sich nur von dem (auf der Straße) erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung beeindrucken lassen.

Gesamtschule

Auch die Gesamtschule als Regelschule existiert bisher nur auf dem Papier. Wenn Gerüchte über Planungen aufkommen, wie jüngst in Lübeck, so werden die Schüler, Lehrer und Eltern nicht über die Vorzüge dieser Schul-

form aufgeklärt, sondern der Propaganda der Rechten überlassen, die vor „Versuchskaninchenschulen“ warnen.

Engholm und das Kabinett weisen als Entschuldigung auf die „Sachzwänge“ und auf das schwere Erbe der Bartschel-Regierung. Engholm meinte, auf die hohe Verschuldung Schleswig-Holsteins eingehend: „Nur das absolut Notwendige geht. Wir müssen auf viele Fragen Nein sagen.“ Dazu braucht die Regierung die Rückenstärkung der Partei.

Un dazü müssen wir Nein sagen. Die SPD bekam 54,8% wegen ihrer Wahlversprechen, und nicht, um da weiterzumachen, wo Bartschel baden ging. Die Partei darf nicht zulassen, daß Engholm auf Kohls Pfaden wandelt und Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung macht. Die Partei muß die Regierung antreiben, dafür sorgen, daß die Wahlversprechen auch und gerade gegen den Willen von Kohl und Kapital durchgesetzt werden. Dadurch nur kann die breite Masse dauerhaft für die SPD gewonnen werden, und nur, wenn die breite Masse die SPD aktiv unterstützt, kann die Partei im Land etwas verändern.

Puckl Wulf, Lübeck
Jungsozialist



DKP-Vorsitzender Mies ist konfrontiert mit Streitereien und Stagnation seiner Partei.

Stoppt die Kürzungen im Bildungswesen

Für eine sozialistische Bildungspolitik!

Vom 9.-11. Dezember findet ein bildungspolitischer Kongreß der Jungsozialisten statt. Das ist die Möglichkeit, eine bildungspolitische Offensive einzuläutern. In Zeiten, wo Kürzungen gerade im Bildungswesen auf der Tagesordnung sind, ist dies notwendiger denn je.

Die Schüler in ganz Europa und in der ganzen Welt haben in den letzten Jahren bewiesen, daß sie kampfbereit sind. So streikten in der Bundesrepublik im Kampf gegen die Abi-Deform 1987 250.000 bis 300.000 Schülerinnen und Schüler. Wir Jusos müssen uns, als stärkste jugendpolitische Organisation der BRD, an die Spitze solcher Bewegungen stellen und der lernenden Jugend eine sozialistische Alternative aufzeigen.

Warum eigentlich gibt es seit drei Jahren große Schüler- und Studentenbewegungen in der ganzen Welt? Tatsache ist, daß weltweit Angriffe auf das Bildungssystem stattfinden, und zwar nicht nur von konservativen Regierungen, wie in Großbritannien oder dem Bundesstaat Neusüdwales in Australien, sondern auch von „sozialistischen“ Regierungen, wie in Spanien, wo Anfang 1987 drei Millionen Schüler unter Führung der von Marxisten gegründeten Schülergewerkschaft SE erfolgreich gegen Kürzungen und Verschärfungen im Bildungssektor kämpften.

System in der Krise

Die gemeinsame Ursache für die Proteste von Schülern und Studenten in der ganzen Welt liegt in der Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Der Kapitalismus ist nicht mehr in der Lage, Arbeit und Wohlstand für alle zu schaffen, stattdessen schafft er Millionen Arbeitslose und Sozialabbau.

Bildung ist im Kapitalismus nicht dazu da, möglichst allen Jugendlichen ein Höchstmaß an Wissen und Ausbildung zu verschaffen, sondern dazu, nach den Bedürfnissen der Industrie ausgebildete junge Leute zu produzieren, die sich möglichst reibungslos in den Arbeitsprozeß eingliedern lassen. Was heißt das nun für die heutige Situation?

„Bildungsreform“

Seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 befindet sich der Kapitalismus in einer Niedrigphase. Der Wirtschaftsaufschwung vorher hatte für die BRD zur Folge, daß die Unternehmen eine breite Masse gut ausgebildete

Arbeiter brauchte, um konkurrenzfähig zu bleiben. Das führte zu den Bildungsreformen der SPD/FDP-Koalition zu Beginn der Siebziger Jahre, mit denen breiteren Schichten der Jugend der Zugang zum Abitur und zur Hochschule ermöglicht wurde.

Heute liegen die Bedürfnisse des Kapitals woanders: Es wird nur noch eine kleine Schicht von möglichst hochqualifizierten Arbeitskräften, eben eine Elite, gebraucht - statt einer breiten Masse von weniger qualifizierten Arbeitskräften, die entweder sowieso arbeitslos sein werden oder nur wenige Handgriffe zur Bedienung von Maschinen beherrschen müssen.

Deshalb wurde die Abi-Deform durchgezogen, das Schüler-Bafög gestrichen, Kürzungen an den Hochschulen vorgenommen, um nur einige Beispiele zu nennen. Das Kapital braucht eine kleine Elite, alles darüber hinaus ist ihm zu teuer, denn Bildung kostet viel Geld, und jede Mark „zuviel“ ist eine Mark weniger Profit. Dazu kommt, daß die Wirtschaftskrise sowieso große Löcher in öffentliche Haushalte reißt, und das im Kapitalismus ja nicht bei den Profiten der Unternehmer eingespart wird, sondern bei der Arbeiterklasse, und dann wird halt unter anderem auch im Bildungssektor gekürzt.

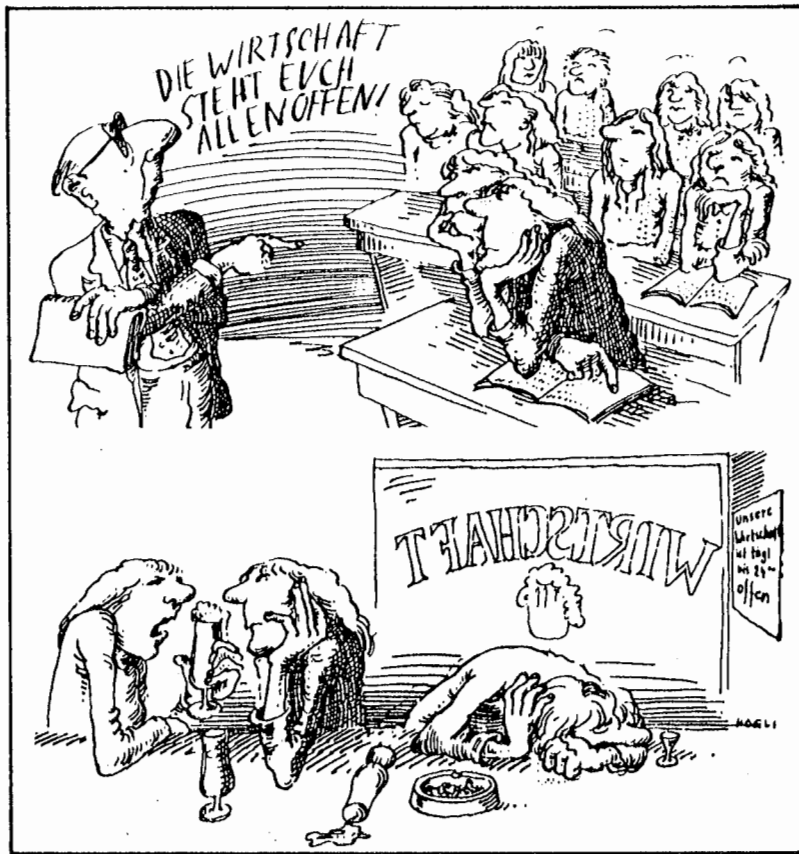
Lerninhalte

Die Interessen der herrschenden Klasse bestimmen aber auch die Lerninhalte. So werden heute an Gymnasien und Hochschulen die Gesellschaftswissenschaften immer mehr abgebaut. Ein Hauptbestandteil der Abi-Deform war z.B. die Erhöhung der Pflichtbelegungen im naturwissenschaftlich-mathematischen Bereich.

Aber auch in dem, was an Gesellschaftswissenschaften noch übrig bleibt, werden die Ideen der Mächtigen verbreitet. Die Unternehmer wollen verhindern, daß wir die Klassenstruktur und die tatsächlichen Macht-

verhältnisse der Gesellschaft durchschauen. Und: Mit dem Einbruch der nächsten Rezession werden weitere Angriffe auf Schüler und Studenten zukommen. Wie können wir dann ein Bildungswesen verwirklichen, das unseren Interessen und Bedürfnissen entspricht?

Ein Bildungswesen ohne Leistungsdruck und Notenterror, ein Bildungswesen, das demokratisch organisiert wird, das uns unsere Persönlichkeit



entfalten läßt und uns individuell nach unseren Fähigkeiten und Bedürfnissen auf Leben und Beruf vorbereitet. Die Interessen der herrschenden Klasse stehen diesem Bild eines Bildungssystems entgegen. Und solange diese Klasse der wenigen Unternehmer an

entfalten läßt und uns individuell nach unseren Fähigkeiten und Bedürfnissen auf Leben und Beruf vorbereitet. Die Interessen der herrschenden Klasse stehen diesem Bild eines Bildungssystems entgegen. Und solange diese Klasse der wenigen Unternehmer an

entfalten läßt und uns individuell nach unseren Fähigkeiten und Bedürfnissen auf Leben und Beruf vorbereitet. Die Interessen der herrschenden Klasse stehen diesem Bild eines Bildungssystems entgegen. Und solange diese Klasse der wenigen Unternehmer an

entfalten läßt und uns individuell nach unseren Fähigkeiten und Bedürfnissen auf Leben und Beruf vorbereitet. Die Interessen der herrschenden Klasse stehen diesem Bild eines Bildungssystems entgegen. Und solange diese Klasse der wenigen Unternehmer an

entfalten läßt und uns individuell nach unseren Fähigkeiten und Bedürfnissen auf Leben und Beruf vorbereitet. Die Interessen der herrschenden Klasse stehen diesem Bild eines Bildungssystems entgegen. Und solange diese Klasse der wenigen Unternehmer an

Hendrik Dahms, Köln
Jungsozialist



Je höher die Arbeitslosigkeit ist, desto mehr Menschen sehen in Zeit- bzw. Leiharbeit die einzige Möglichkeit, überhaupt einen Verdienst nach Hause zu bringen.

der Macht bleibt und Wirtschaft und Politik kontrolliert wird es kein wirklich demokratisches Bildungswesen geben.

Gemeinsamer Kampf

Sicher: Die spanischen Schüler haben gezeigt, daß bei einer Massenmobilisierung und einem offensiv geführten Kampf Zugeständnisse der Regierung zu erreichen sind, aber für wie lange sind diese gesichert? Sicher nicht ewig, im Gegenteil: Bei nächster Gelegenheit wird von oben versucht werden, das Erreichte wieder wegzukürzen. Das bedeutet, daß der Kampf um ein demokratisches Bildungswesen nicht isoliert geführt werden darf. Verschärfungen im Bildungsbereich haben dieselbe Ursache wie Arbeitslosigkeit, Abbau von demokratischen Rechten und sinkendem Lebensstandard. Deshalb müssen Schüler und Studenten den Kampf gemeinsam mit der Arbeiterklasse führen. Das war auch in Spanien der entscheidende Punkt für den Sieg der Schüler. Nur so können noch Verbesserungen erkämpft werden, aber um diese zu sichern und auszubauen, um wirklich ein demokratisches Bildungswesen zu erreichen, muß der Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft verbunden werden. Genau das ist die Aufgabe des Juso-Verbandes, und der anstehende bildungspolitische Kongreß kann da richtungweisend sein. Wir müssen die politische Dimension von Bildungsabbau und dessen Ursachen deutlich machen. Unsere Aufgabe ist es, durch das Aufzeigen einer sozialistischen Alternative Schüler zu organisieren und einen offensiven Kampf für folgende Forderungen zu führen:

- Rücknahme von Abi-Deform und Schulzeitverkürzung. Für eine Bildungsreform im Interesse der Arbeiterjugend.
- Sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer.
- Senkung der Klassen-, Kurs- und Seminarstärken auf max. 15 Schüler bzw. Studenten.
- Für massive Erhöhung der Bildungsausgaben.
- Wiedereinführung des Schüler-Bafögs, für ein darlehensfreies Studenten-Bafög.
- Abschaffung von Noten an allen Bildungseinrichtungen.

Sascha Stanic
Juso-Schülergruppe und
Bezirks-SV Aachen

Kampagne „Freiheit für Mahmoud Masarwi“ Erste Erfolge!

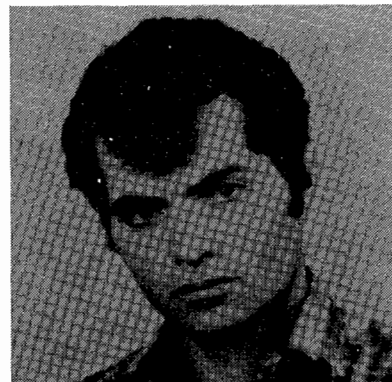
Die Freilassung Mahmouds aus israelischer Haft hat jetzt auch das Europäische Parlament in seiner Sitzung vom 13. 10. 1988 gefordert. Die Resolution fordert unter anderem, daß Anklage- und Beweispunkte gegen Mahmoud Masarwa offengelegt werden sollen und bittet das Parlamentspräsidium darum, eine Delegation in die von Israel besetzten Gebiete zu entsenden, um die Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen.

Zu den Unterstützern der Kampagne gehören mittlerweile wichtige Gewerkschaftsverbände und Einzelgewerkschaften europäischer Länder, Parlamentarier aus der Arbeiterbewegung in Europa sowie auch der ehemalige dänische Regierungschef Anker Jørgensen.

Während wir diese Zeilen schreiben, hält sich eine Delegation in Israel auf, der die britischen Labour-Abgeordneten Dave Nellist und Terry Fields, der dänische Hafnarbeiter-Gewerkschafter Karsten Andersen sowie der in der dänischen Gewerkschaftsbewegung anerkannte Arzt Rolf Petersen angehören.

Inzwischen ist auch der zweite Anwalt aus „Sicherheitsgründen“ von der Justiz von der Verteidigung Mahmouds ausgeschlossen worden. Bei dem für den 18. Oktober angesetzten Gerichtstermin wurde allerdings der Antrag, den Prozeß bis Februar aussetzen, angenommen. Mahmoud zeigte sich bei diesem Termin optimistisch und in guter Kampfstimmung.

Nach diesen ersten Erfolgen dürfen wir aber nicht lockerlassen. Jetzt erst recht muß es heißen: Alle Gliederungen der Arbeiterbewegung sollten mit Briefen an die israelische Botschaft ihren Protest ausdrücken und mit Geldspenden die Anwaltskosten, die Unkosten der Kampagne und den Lebensunterhalt von Mahmouds Familie sichern.



Mahmoud Masarwa

Die Kampagne „Freiheit für Mahmoud Masarwa“ fordert alle Untergliederungen, Gremien und führenden Vertreter der Arbeiterbewegung auf: Schließt Euch der Kampagne an. Zeigt durch Briefe und Anrufe an die israelische Botschaft, daß Ihr unsere Forderungen unterstützt:

- Kein Geheim-Prozeß! Ungehinderte Berichterstattung durch die Medien!
- Veröffentlichung der Anklagepunkte gegen Mahmoud Masarwa!
- Beweise für die Anklagepunkte oder Rücknahme der Anklage!
- Sofortige Freilassung Mahmoud Masarwis!

Anschrift der israelischen Botschaft: Simrockallee 2, 5300 Bonn 2, Telefon 0228/8231.

Sammelt Spenden für die Solidaritätskampagne und sendet das Geld in bar (kleine Beträge), V-Schecks oder Briefmarken an die folgende Adresse:

Kampagne „Freiheit für Mahmoud Masarwa“, c/o Andreas Paqué, Lesingstraße 13, 5000 Köln 30, Tel. 0221/554184. Dort können auch Flugblätter der Kampagne gegen geringen Unkostenbeitrag angefordert werden.

Auf Wohnungssuche - in Köln und anderswo

Typischer Samstagmorgen: Seit 8.30 Uhr telefoniere ich mir die Finger wund, um mit den Vermietern der drei Wohnungen, die für uns überhaupt bezahlbar sind, einen Besichtigungstermin zu vereinbaren. Immerhin besser als die zwei Wochen davor: Da gab's auf dem sogenannten „freien“ Wohnungsmarkt in der Millionenstadt Köln gar keine Wohnungen, die weniger als 1000 DM warm gekostet hätten.

Als (demnächst) vierköpfige Familie mit einem Facharbeitereinkommen können wir „nur“ 800 DM Warmmiete bezahlen, denn dazu kommt noch Strom und Telefon - und schon sind fast 50% unseres Nettoeinkommens weg, ohne einen Pfennig für Lebensmittel, Fahrtkosten, Kleider und Schuhe ausgegeben zu haben, schon gar nicht von den kleinen „Extras“ zu reden, die Kinder so brauchen.

Konkurrenz

Aber es geht letztlich nicht um die Kinder, sondern ums Portemonnaie der Wohnungssuchenden. Auch für reiche Leute mit sechs Kindern gibt es Wohnungen oder Häuser im Grünen - wenn sie 6000 DM bezahlen können. Hier sind die Normalverdiener betroffen. Wir haben mindestens einen festen Facharbeiterlohn, von dem wir ausgehen können. Ich frage mich, wie es die Aussiedler, Studenten, Jugendlichen und Arbeitslosen schaffen, die noch nicht mal das haben und gezwungen sind, miteinander um zu wenige und zu teure Wohnungen zu konkurrieren?

Wütend werde ich dann, wenn ich lese, daß der Vorsitzende des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins von einer „spätestens Mitte der 90er Jahre“

zu erwartenden „absoluten Entspannung auf dem Wohnungsmarkt“ tönt. Schön - aber unser zweites Kind kommt im Januar, der Winter ist jetzt schon da und unsere Wohnung ist feucht. Sechs bis sieben Jahre können wir nicht warten.

Eigentum verpflichtet?

Derselbe Herr fordert übrigens einen höheren Mietspiegel (Kaltmieten in der Innenstadt: 10-12,50 DM pro Quadratmeter) und eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Originalzitat: „Wer ein Haus baut, will sich seine Mieter auch aussuchen.“ Natürlich - Eigentum verpflichtet. Außerdem: „Man müsse auch mal in Kauf nehmen, wenn weniger gut verdienende Personen dichter an den Stadtrand ziehen müssen.“ Klar: Die Innenstadt wird für die Yuppies und Investoren schön gemacht. Auf Kosten der Steuerzahler (das sind wir auch) geschieht dies, nur wohnen dürfen wir dort nicht. Wen interessiert es schon, ob wir eine Stunde quer durch die Stadt zur Arbeit oder mit Bus und Bahn, Kind und Kegel zum Einkaufen fahren müssen?

Laut Kölner Oberstadtdirektor suchen derzeit 28.000 Haushalte eine Wohnung. Damit ist die Wohnungs-



Sozialwohnungen in Berlin: Von solchen Wohnungen brauchen wir noch viel mehr!

not in Köln katastrophal, die Mieten so teuer wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte.

Falsche Politik

Das gleiche trifft auch für andere Großstädte wie Stuttgart, Frankfurt, Düsseldorf, Berlin und München zu. Die Gründe der Misere liegen darin, daß es allgemein zu wenig Sozialwohnungen gibt, in den letzten Jahren der soziale Wohnungsbau ohnehin einen absoluten Tiefstand erreicht hat und demzufolge die Mieten in die Höhe geschossen sind.

Der Aufschwung der 80er Jahre wurde zum guten Teil durch einen „Bauboom“ angekurbelt, allerdings überwiegend auf dem Sektor der Pri-

vatwohnungen und Großprojekte wie Mediaparks, Hotelanlagen und Einkaufszentren etc. Auch SPD-regierte Städte (wie Köln) haben diese Politik jahrelang brav mitgemacht und wundern sich jetzt, daß der Wohnungsmarkt dem Ansturm von einkommensschwachen Aussiedlern, Studenten etc. nicht gewachsen ist.

Eigentumswohnungen

Doch der Anreize für Privatinvestoren nicht genug: Am 8. Juli '88 beschloß der Bundesrat mit CDU/FDP-Mehrheit ein „Gesetz zur Überführung der Wohnungsgemeinnützigkeit in den allgemeinen Wohnungsmarkt“. Im Klartext: Ab 1.1.1990 wird die soziale Mietpreisbindung für „gemein-

nützig“ Wohnungen entfallen und werden preiswerte Miet- in Eigentumswohnungen verwandelt werden können. Folge (laut HBV-Mitgliederzeitung 10/88): „Mieter in rund 1,5 Mio. Wohnungen müssen in den nächsten Jahren mit durchschnittlichen Mieterhöhungen von 80 Pfennig pro Quadratmeter rechnen; und zwar nach zurückhaltenden Schätzungen. Zusätzlich ist zu erwarten, daß mehrere hunderttausende ... Mietwohnungen ... verkauft werden.“ Und das nach einer allgemeinen bundesweiten Mietsteigerung seit '84 um ca. 20%!

Wohnungsbauprogramm

Die Jungsozialisten haben erfreulicherweise vielerorts die Wohnungsmisere aufgegriffen und entwickeln kommunalpolitische Programme und Kampagnen dazu. Neben dem Arbeitsplatz ist eine preiswerte, angemessene und menschenwürdige Wohnung das dringendste Anliegen der Menschen. Deshalb müssen wir Jusos für die Durchsetzung folgender Forderungen kämpfen:

- Rücknahme des Gesetzes vom 8.7.1988; der Verkauf von Mietwohnungen muß verboten werden;
- genügend preiswerten Wohnraum für alle, wobei die Warmmiete nicht mehr als 20% des Nettoeinkommens betragen darf (denn zum Leben muß auch noch etwas übrig bleiben!);
- keine Altbauanierung auf Kosten der Mieter! Wenn Eigentümer sich weigern, ihre Häuser instandzusetzen, müssen die Wohnungen von der Stadt übernommen und ohne Mieterhöhung renoviert werden;
- ein bundesweites Wohnungsbauprogramm von 1 Mio. Sozialwohnungen jährlich unter Einstellung aller arbeitslosen Bauarbeiter, um die Wohnungsmisere ab sofort zu bekämpfen;
- zur Finanzierung des Wohnungsbauprogramms müssen die Banken und Bausparkassen den Städten, Ländern und dem Bund zinslose Kredite gewähren. Wenn sie nicht dazu bereit sind:
- Verstaatlichung der Banken und Bausparkassen. Um sicherzustellen, daß die Geldmittel tatsächlich für die o.g. Zwecke - auch unter gesellschaftlich und ökologisch sinnvollen Gesichtspunkten - verwendet werden, ist die demokratische Kontrolle der Beschäftigten und Mieter nötig.

Flz Garvie, Köln
Jungsozialistin und HBV-Mitglied

Stadtteilarbeit der Juso-AG Stuttgart-Süd Verkehrsberuhigung - nur für Reiche?

Im Sommer beschäftigten wir uns mit Fragen wie: Was für Bürgerinitiativen, Vereine, Clubs gibt's im Stadtteil? Welche Industrie, welche Betriebe und Verwaltungen? Wie ist die soziale Bevölkerungsstruktur? Wie ist das kulturelle Angebot? Auch wenn wir noch nicht die Antworten auf alle Fragen gefunden haben - viele Infos sind zusammengekommen, und wir bleiben weiter dran.

Ein sonntäglicher Stadtteilspaziergang von mehreren Stunden unter Zuhilfenahme des neu erschienenen Buchs „Stuttgart zu Fuß“ bildete im September den vorläufigen Abschluß unserer Stadtteilerkundung.

Die Bundesstraße 14, die vierspurig durch fast ganz Stuttgart-Süd führt, wird bald zum größten Teil verkehrsberuhigt sein. Durch den Protest der Anwohner und auf Betreiben der örtlichen SPD wurde ein Umgehungstunnel erreicht, dessen Bau zur Zeit zügig voranschreitet. Nun sieht es aber so aus, daß die Leute, die unter unwürdigen Bedingungen in ihren Wohnungen

jahrelang Gift, Dreck und Lärm schlucken mußten, möglicherweise gar nicht in den Genuß der Verkehrsberuhigung kommen sollen:

„In verschiedenen Wohngebieten der Landeshauptstadt ist eine fatale Entwicklung zu beobachten: Ein an Jahren noch gar nicht altes Gewerbe zieht durch die Wohnquartiere. ‚Aufteilerunternehmen‘ kaufen Haus- und Grundbesitz vor allem dort, wo Verkehrsberuhigung, Blockentkernung, Begrünung und andere kommunale Maßnahmen das Wohnen wieder attraktiver machen. (...) Im Schnellverfahren werden dann die erworbenen Gebäude zu Eigentumswohnungen umgenutzt.“ (aus einer Broschüre des Mietervereins Stuttgart)

Auf einer der nächsten AG-Treffen werden wir uns mit diesem Thema beschäftigen und überlegen, wie am besten gegen die Bedrohung von Miet Häusern und Spekulanten vorzugehen ist.

Dieter Janssen, Stuttgart-Süd
Jungsozialist

Juso-Arbeitsgemeinschaft Aachen-West „Hast Du 'ne billige Wohnung?“

Mit diesem Motto hat die Juso-AG Aachen-West ein weiteres brennendes Thema aufgegriffen. Die Bedingungen, um eine Wohnung zu finden - in der Uni-Stadt Aachen -, haben sich drastisch verschlechtert.

Immer mehr Menschen (vor allem Jugendliche, darunter viele Studenten) können sich Wohnungen auf dem „freien“ Markt nicht mehr leisten. Sozialwohnungen sind kaum noch zu finden. Um den Folgen vernichtender CDU-Kommunalpolitik wirksam entgegenzutreten, hat die Juso-AG zunächst 500 Flugblätter verteilt (vor allem vor Mensen).

Wir haben Hildgarde Lisse (SPD-

Ratsmitglied und Mitglied im Wohnungsausschuß) als Referentin eingeladen. Anschließend hat die Juso-AG einen Info-Stand mit Sandwiches, Transparenten u.v.m. zu diesem Thema geplant. Dort wollen wir mit den in der AG erfahrenen Fakten nach außen gehen.

Der heitere Höhepunkt ist dann unsere Juso-Fete, zu der wir massiv einladen (mit Presse, Flugblättern, Plakaten) werden. Das Thema „Wohnungsnot und was können wir dagegen machen?“ wollen wir weiterbehandeln.

Das Ziel unserer AG-Arbeit ist, viele Jugendliche für die politische Arbeit zu gewinnen.

Eliane Peters, Aachen
Juso-AG-Vorsitzende

Jungsozialisten Wiesbaden: Keine Hubschrauber nach Erbenheim!

Nach der Katastrophe von Ramstein hat sich die Auseinandersetzung um Tiefflieger und Militärflughäfen zuspitzt. Dies gilt besonders für das dichtbesiedelte Rhein/Main-Gebiet, wo schon seit Jahren ein Konflikt um den amerikanischen Militärflugplatz Wiesbaden-Erbenheim entbrannt ist.

Auf dem Erbenheimer Flugplatz, 17km vom Frankfurter Rhein/Main-Flughafen entfernt und direkt neben einer vielbefahrenen Autobahn gelegen, sehen die amerikanischen Streitkräfte vor, bis 1993 die derzeit 57 Flugmaschinen auf 124 Helikopter und 25 Transportflugzeuge „aufzustooken“. Bundesverteidigungsminister Scholz unterstützt diese Pläne, da nach seiner Ansicht die Amerikaner auf „ihrem“ Gebiet tun und lassen können, was sie wollen. Er bestätigt hiermit, daß die USA eine Art Besatzungsmacht darstellen.

Im Rhein/Main-Gebiet sind heute 800.000 Einwohner von den Störungen durch den Betrieb des Flugplatzes betroffen. Und nach verschiedenen Gutachten würden über Erbenheim statt bisher 60.000 schließlich 100.000 Flugbewegungen im Jahr abgewickelt werden.

Nach der Bekanntgabe der US-Pläne in den 80er Jahren bildete sich Widerstand seitens der betroffenen Bevölkerung. Ebenso bildeten Wiesbaden, Mainz sowie weitere Landkreise und Städte eine Arbeitsgemeinschaft Wiesbaden-Erbenheim, mit dem Ziel, die momentane militärische Nutzung mit allen rechtlichen und politischen Mitteln zu verhindern, also eine „Null-Lösung“ zu erreichen. Sie gingen vor Gericht. Dadurch konnte das tollwütige Vorgehen des Ministers zwar ge-

stoppt werden, doch das Anhörungsverfahren beim Bundesverwaltungsgericht ist noch nicht beendet.

Aktionen

Man sollte sich nicht darauf verlassen, daß dieses Verfahren die weitere Stationierung verhindert. Es könnte womöglich zu einem Vergleich kommen, bei dem immer noch eine beträchtliche Anzahl von Fluggeräten in Erbenheim stationiert werden soll, was dann auch die Landesregierung akzeptieren würde. Darum darf der vorhandene Widerstand nicht einschlafen. Die betroffenen Anwohner und die SPD insgesamt müssen zu weiteren Aktionen bereit sein. Am 16.11.

findet eine Demonstration in Erbenheim statt. Unsere Juso-AG wird sich an der Demonstration beteiligen. Wir müssen darauf hinweisen, daß weitere Aufrüstung eine Idiotie ist. Die nächste SPD-Regierung muß eine konsequente Abrüstung in der Praxis vornehmen.

Im jetzt beginnenden Kommunalwahlkampf in Hessen müssen wir deutlich machen, daß der Wiesbadener CDU-Spitzenkandidat Jentsch als früherer Oberbürgermeister schon 1984 hinter dem Rücken der damaligen Landesregierung dem damaligen Minister Wörner seine Zustimmung zur Stationierung in Erbenheim gegeben hat. Die Erfahrung zeigt auch, daß die Bundesregierung nach der Pfeife der USA tanzt und daß die NATO alles andere bewirkt, als unsere „Sicherheit“ und „Freiheit“ zu garantieren.

Alexander Petrenko
Smilo Mathy
Jungsozialisten aus Wiesbaden



Geplant sind 100.000 Flugbewegungen solcher Hubschrauber über einem Gebiet, in dem 800.000 Menschen leben.

Deutschland vor 70 Jahren: Die Arbeiter hatten die „Der Tag der Revolution ist gekommen!“

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Sieg der russischen Revolution wurde ganz Europa von einer revolutionären Welle erfaßt. In Deutschland hatte die Arbeiterklasse zwischen 1918 und 1923 gleich mehrere Male die Möglichkeit, die Macht zu übernehmen. Die erste Gelegenheit, die Novemberrevolution 1918, jährt sich zum siebzigsten Mal.

Zweifellos war der erste Weltkrieg ein entscheidender Auslöser für die Revolution. Dies ist ja auch kein Zufall, denn Kriege sind ja nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, eine extreme Zuspitzung der Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen Mächten. Zu Beginn des ersten Weltkrieges wurden zwar große Teile der Bevölkerung und auch der Arbeiterklasse von der nationalistischen Kriegspropaganda mitgerissen, aber je länger der Krieg dauerte, desto mehr spürten die Arbeiter und Arbeiterfrauen zuhause und die Soldaten und Matrosen an der Front, daß einzig und allein die Kapitalistenklasse von diesem Krieg profitierte.

An der Front wie in der Heimat wurde der Gegensatz immer krasser: Hier die Masse, die sich mit bescheidenen Lebensmittelrationen hungert durchschlägen mußte (in den Städten gab es Lebensmittelrationen von 50 Gramm Butter pro Monat und mit Rüben gestrecktes, fast ungenießbares Brot), dort die herrschende Klasse, die alles im Überfluß hatte und ihre Kriegsprofite in Orgien und rauschende Feste investierte!

Kieler Aufstand

Ende Oktober 1918 war es die deutsche Hochseeflotte, von der das Signal für die revolutionäre Erhebung ausging. Die Kieler Matrosen weigerten sich, noch einmal zu einer Seeschlacht mit der englischen Flotte auszufahren. Diese Schlacht hätte an der Niederlage Deutschlands sicher nichts geändert und nur eines gebracht: den völlig sinnlosen Tod von 80.000 Matrosen.

Dieser Funke brachte das Pulverfaß zum Explodieren. Die Soldaten gingen zur offenen Meuterei über. Die folgenden Verhaftungen provozierten offenen Widerstand, aus dem bald der bewaffnete Aufstand wurde. Tausende von Arbeitern mit ihren Familien demonstrierten am 3. November für die Freilassung der verhafteten Kameraden. Ein reaktionärer Trupp unter einem kaisertreuen Offizier schoß in die Menge. Es gab zahlreiche Tote und Verwundete. Die Matrosen schossen zurück.

Nun gab es kein Zurück mehr. Am 4. November hatte der spontan gebildete Soldatenrat bereits 40.000 bewaffnete Soldaten hinter sich. Soldaten verbrüderten sich mit Arbeitern. Die zur Niederschlagung der Arbeiter angeforderten Soldaten ließen sich am Bahnhof entwaffnen. Am gleichen Abend noch beschlossen die Vertrauensleute der Großbetriebe den Generalstreik. Am 5. November ruhte die Arbeit, Matrosen besetzten die Werften.

„Reformen“

Für die herrschenden Kreise, die Militär- und Staatsführung in Berlin, kam die Nachricht aus Kiel wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ihre weitsichtigeren Planer und Strategen hatten zwar vorausgesehen können, daß sich ein revolutionäres „Unwetter“ zusammenbraute und es ähnlich wie in Rußland im Vorjahr um „alles oder nichts“ ging, aber sie hatten noch gehofft, durch einige Reformen von oben die drohende Revolution von unten zu verhindern.

So dankte die Oberste Heeresleitung ab, und es wurde am 3. Oktober eine neue Reichsregierung unter dem Prinzen Max von Baden gebildet, der je zwei Vertreter der sogenannten „Parteien der Reichstagsmehrheit“ SPD, Zen-

trum und Fortschrittspartei angehörten. Mit diesem Schachzug versuchten die Kapitalisten und preußischen Junker, durch einige innenpolitische Zugeständnisse ihre Herrschaft zu retten. Ihnen schwebte das Modell einer parlamentarischen Monarchie vor, in der der Reichstag mehr Rechte und Befugnisse haben sollte.

Die führenden Sozialdemokraten ließen sich bereitwillig vor diesen Karren spannen. Der alte Grundsatz des 1913 verstorbenen Parteiführers August Bebel – „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ – war längst vergessen.

Daß die Herrschenden in Zeiten, in denen sie ihre Macht aufs Schärfste be-

nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde“, erklärte Friedrich Ebert am 7. November.

Der entscheidende Anstoß zu Wilhelms Abdankung ging von der Berliner Arbeiterschaft aus. Am 8. November riefen der Vollzugsausschuß des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats und die Leitung der Spartakusgruppe für den 9. November zum Generalstreik auf, mit dem Ziele der Beseitigung der Militärdiktatur und des Sturzes der Reichsregierung. Am Morgen des 9. Novembers machte sich eine ungeheure, unzählbare und unübersichtliche Arbeitermasse auf den Weg von den grauen Vorstädten in das Berliner Stadtzentrum. Die in den Kasernen stationierten Soldaten erklärten sich neutral oder marschierten mit der Masse mit. Nur vor der Maikäferkaserne in der Chausseestraße ließen Offiziere in die Menge schießen. Drei Arbeiter wurden getötet. Die Masse konnte jedoch den Offiziersposten schnell überwinden, die Kasernentore wurden aufge-



Soldaten verbrüderten sich mit den Arbeitern zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind: die herrschende Klasse im eigenen Land.

droht sehen, die Führer der großen Arbeiterparteien und Gewerkschaften für ihre Interessen einzuspannen versuchen, dies hat sich schon oft in der Geschichte bestätigt. Der Kaiser selbst hatte inzwischen soviel Vertrauen zur sozialdemokratischen Parteiführung unter Friedrich Ebert bekommen, daß er beim Antritt des neuen Kabinetts zugab: „Auch mit Herrn Ebert würde ich gerne zusammenarbeiten. (...) Ich habe gar nichts gegen die Sozialdemokratie, nur der Name, wissen Sie, der Name müßte geändert werden.“

Doch zurück zum 5. November 1918. Der Kieler Aufstand hatte das erste Ventil geöffnet. Der revolutionäre Druck konnte nun nicht mehr gebremst werden. In einer norddeutschen Stadt nach der anderen übernahmen die Arbeiter- und Soldatenräte die Macht: in Hamburg, Lübeck, Neumünster und Bremen am 5. und 6. November, in Wilhelmshaven, Bremerhaven, Rendsburg, Schleswig, Cuxhaven, Brunsbüttel, Schwerin, Rostock, Oldenburg, Lüneburg und Hannover am 7. November. Einen Tag später war die Revolution bereits bis nach Süddeutschland vorgegründet: Köln, Düsseldorf, Dresden, Leipzig, Frankfurt und München, um nur einige Beispiele zu nennen.

Berlin

Nun lag es klar auf der Hand, daß unter diesen Umständen der Kaiser abdanken mußte. „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie



Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren die weitsichtigsten und konsequentesten Führer der deutschen Arbeiterklasse. Sie hatten als langjährige SPD-Mitglieder 1916 den Spartakusbund gegründet, als Reaktion auf den Ausschluss Karl Liebknechts aus der SPD (wegen seiner Haltung gegen den Krieg). Beide wurden im Januar 1919 ermordet.

Lastautos mit roten Fahnen durch die Stadt, um die kaiserlichen Offiziere zu entwaffnen und jeglichen reaktionären Widerstand zu unterdrücken.

Karl Liebknecht sprach gegen vier Uhr nachmittags vom Berliner Schloß zu den Massen. Er sprach den unzähligen Arbeitern und Soldaten aus der Seele, als er verkündete: „Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen. (...) In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland. (...) Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.“

Die vom Krieg heimkehrenden Soldaten schlossen sich überwiegend der Revolution an. In den Städten, Fabriken und Kasernen wirkten Arbeiter- und Soldatenräte, die oft wochenlang die Gewalt ausübten, die im bürgerlichen Staat auf die Gerichte, Parlamente und ausführende Staatsorgane (Polizei, Armee, Beamtenschaft usw.) aufgeteilt ist. Selbst die Führer des Generalstabs, allen voran Hindenburg, mußten die vollendeten Tatsachen anerkennen. Deutschland drohte ebenso für den Kapitalismus verloren zu gehen, wie ein Jahr zuvor Rußland.

Doppelherrschaft

Am 9. November war nicht nur der Kaiser abgetreten, sondern auch der liberale Prinz Max von Baden. Dieser ernannte den SPD-Vorsitzenden Fried-



Überall in Deutschland wurden – wie hier in München – Freikorps gegen die Arbeiter eingesetzt.

rich Ebert zu seinem Nachfolger. Diesen neugebildeten Kabinett nannte sich „Rat der Volksbeauftragten“ und bestand aus drei SPD- und drei USPD-Vertretern. Ansonsten jedoch blieben die alten kaiserlichen Ministerien weitestgehend bestehen, ebenso der alte Verwaltungsapparat, die Staatssekretäre usw.

Ein Freudentaumel überzog ganz Deutschland. Mit dem 9. November, hoffte die breite Masse, sei der entscheidende Schritt in Richtung sozialistischer Umgestaltung getan. Viele Arbeiter gingen davon aus, daß die Revolution nun schon weitgehend vollendet sei. Doch der Schein trügt. Haben auch die Räte die alleinige Gewalt über weite Teile Deutschlands – die entscheidende Auseinandersetzung steht noch bevor. Hier die Räte als Organe der Arbeitermacht, dort der alte Staatsapparat als Machtorgan der Kapitalisten und Junker. Wenn auch anfänglich der bürgerliche Staatsapparat weitgehend gelähmt war, so war andererseits die Räte macht nicht konsequent und mit allen Mitteln abgesichert. Das Ringen zwischen beiden, sich gegenseitig ausschließenden Herrschaftssysteme mußte bis zur Entscheidung weitergetrieben werden. Ein solcher Zwischenzustand, den man auch mit dem Begriff „Doppelherrschaft“ bezeichnen kann, kann nur von kurzer Dauer sein.

Die Räte übten zwar zunächst die entscheidende Macht im Lande aus, doch was fehlte, war eine Koordination, um so die Grundlage für einen Arbeiterstaat zu schaffen. Was vielerorts fehlte, war eine klare und entschlossene Führung an der Spitze der Räte, erfahrene und weitsichtige Arbeiter, die sich nicht vom allgemeinen Freudentaumel einfach hin- und herreißen ließen und dabei die Gefahren übersehen, die den Räten drohten. Denn die Bürgerlichen waren zwar zunächst schockiert und sprachlos, aber sehr bald machten sie sich an die Arbeit am Embryo einer Räteverwaltung, um den entscheidenden Schlag zu versetzen.

Ebert

Die rechte SPD-Führung unter Ebert war erklärtermaßen Gegner der Räteherrschaft. Aber Ebert war zu klug, um dies in jenen Stunden offen zu sagen. Er wandte daher eine andere Taktik an, die man kurz und bündig mit dem Schlagwort „Unterwanderung, Lähmung und Sabotierung der Räte macht“ umschreiben kann. Ebert stand nun zwar an der Spitze der alten, bürgerlichen Staatsapparate, aber er ließ sich nicht daran hindern, diese seine Regierung von den Berliner Räten absegnen zu lassen. Gleichzeitig überfluteten die Anhänger Eberts die Büros der noch nicht fest installierten Räte mit Tausenden von Anfragen und Bittstellungen. Der noch allzu schwache

acht ion

Verwaltungsapparat der Räte erl... in dieser Sabotage, die Räte kö... die an sie gestellten Erwartungen... erfüllen, wertvolle Wochen ver... chen.

Rosa Luxemburg beschrieb die Aus... in einem Artikel am 20. Novem... folgenden Worten: „Die von der... hichte auf die Tagesordnung ge... Frage lautet: bürgerliche Demo... oder sozialistische Demokratie... Diktatur des Proletariats ist De... ratie in sozialistischem Sinne. Dik... des Proletariats, das sind nicht... ben, Putsche, Krawalle, Anarchie, die Agenten des kapitalistischen... ts zielbewußt fälschen, sondern... ist der Gebrauch aller politischen... ttmittel zur Verwirklichung des... alismus. (...) Ohne den bewußten... en und die bewußte Tat der Mehr... des Proletariats kein Sozialismus.“

„Keine Experimente“

Ebert präsentierte sich den weniger... renen Arbeitern und Soldaten als... Mann aus dem Volke, der ehemali... attlergeselle, der die Probleme des... en Mannes kennt und jetzt wieder... geordnete Verhältnisse sorgen wür... Er verstand es geschickt, Gefühle... Instinkte der Massen aufzugreifen... dem Siegel eines von den Berliner... n vorerst abgesegneten Reichs... zlers waff er seine ganze Autorität... ie Waagschale, um vor „unüberleg... Experimenten“ zu warnen und die... iheit“ (unter seiner Aufsicht und... trolle natürlich) zu beschwören... ie Hauptargumente der „Genos... um Ebert waren etwa folgende:... r haben schon so viel erreicht – eine... srepublik, Sturz der Königshä... eine sozialistische Regierung,bür... che Freiheitsrechte, Achtstunden... Gleichberechtigung von Arbeitneh... n und Arbeitgebern. Jetzt müssen... erst einmal das Erreichte sichern... leinig, Genossen. Fordert nicht zu... Keine Experimente.“ Auf weniger... hrene Arbeiter und Soldaten mach... solche Appelle natürlich Eindruck... bert und seine Anhänger verstan... es geschickt, die Errungenschaften... Revolution als ihre persönliche Lei... g zu präsentieren. In Wirklichkeit... es aber nicht die höfliche Diploma... kaiserlicher Regierungssozialisten... den Herrschenden viele Zugeständ... e ertrotzte. Einzig und allein die... cht der Herrschenden vor der voll... digen sozialistischen Revolution... es, die mit einem Schlage alle diese... ungschaften brachte. Diese Re... nen waren nur ein Nebenprodukt... Revolution!

Auf dem Höhepunkt der ersten Re... tionswelle, am 15. November 1918... ossen Arbeitgeber und Gewerk... ften ein Abkommen, in dem auf... rier u.a. festgelegt wurde:
- 8-Stunden-Tag;
- staatliche Arbeitslosenversicherung;
- Arbeitsbedingungen sollen in Kol... tivverträgen festgelegt werden;
- paritätisch besetzte Schlichtungsaus... sse sollen zur Regelung sozialer... arbeitsrechtlicher Fragen gebildet... den.

Au einem Zeitpunkt, da die Unter... mer die Macht der Räte nicht leug... konnten, verzichtete die ADGB... werkschaftsführung freiwillig auf... Kampf um die ganze Macht, ließ... stattdessen auf sozialpartner... äftliches Mitbestimmungsglatteis... en. Sämtliche Reformen, die die... ernehmer in ihrem ersten Schrecken... äumten, wurden ausnahmslos wie... zurückgenommen, sobald sich die... tion wieder stark genug fühlte –... gültig 1933!

Bündnis gegen die Arbeiter

Am 10. November war Eberts Regie... als „Rat der Volksbeauftragten“... gesetzt worden. Noch am selben Ta... tate Ebert über geheimen Draht ein... fongespräch mit dem Großen... uptquartier geführt. Er schloß mit... ernalquartiermeister Groener ein... dnis ab. Lassen wir dazu Groener

selbst zu Wort kommen:

„Wir haben uns verbündet zum... Kampfe gegen den Bolschewismus. ... Ich habe dem Feldmarschall ... vorge... schlagen, die Oberste Heeresleitung... möge sich mit der Mehrheitssozialde... mokratie verbinden, da es zur Zeit kei... ne Partei gebe, die Einfluß genug habe... im Volke, besonders bei den Massen, um... eine Regierungsgewalt mit der Ober... sten Heeresleitung herzustellen. ... Zunächst handelte es sich darum, in Berlin... den Arbeiter- und Soldatenräten die... Gewalt zu entreißen. Zu diesem Zweck... wurde ein Unternehmen geplant. Zehn... Divisionen sollten in Berlin einmarschieren... Ebert war damit einverstanden. ... Dieses Bündnis war geschlossen... gegen die Gefahr der Bolschewiken... und gegen das Rätesystem. ...“ (Protokoll der Münchner Dolchstoßprozesse, Oktober/November 1925).

Die Tätigkeit der Räte beschränkte... sich vielerorts darauf, Verwaltungsauf... gaben durchzuführen oder zu kontrollieren: Verkehr, Versorgung, kommunale... Verwaltung. Lediglich in Berlin und in... einigen wenigen Reichsstädten strebten... die Räte bewußt eine grundlegende... Veränderung der staatlichen Ordnung... an. Und zwar meist dort, wo der linke... Flügel der USPD die Räte kontrollier-

den ersten Errungenschaften der Revo... lution nahezu erreicht. Diese Stimmung... unterstützte auch die alte SPD-Füh... rung. Ebert stellte die Lage so dar, als... fehlte nur noch ein Parlament zur „Krö... nung“ der Revolution, um die Bewe... gung abschließen zu können. So war für... viele sozialdemokratische Arbeiter ihre... Unterstützung der Räte und die Losung... einer Nationalversammlung kein Widers...pruch.

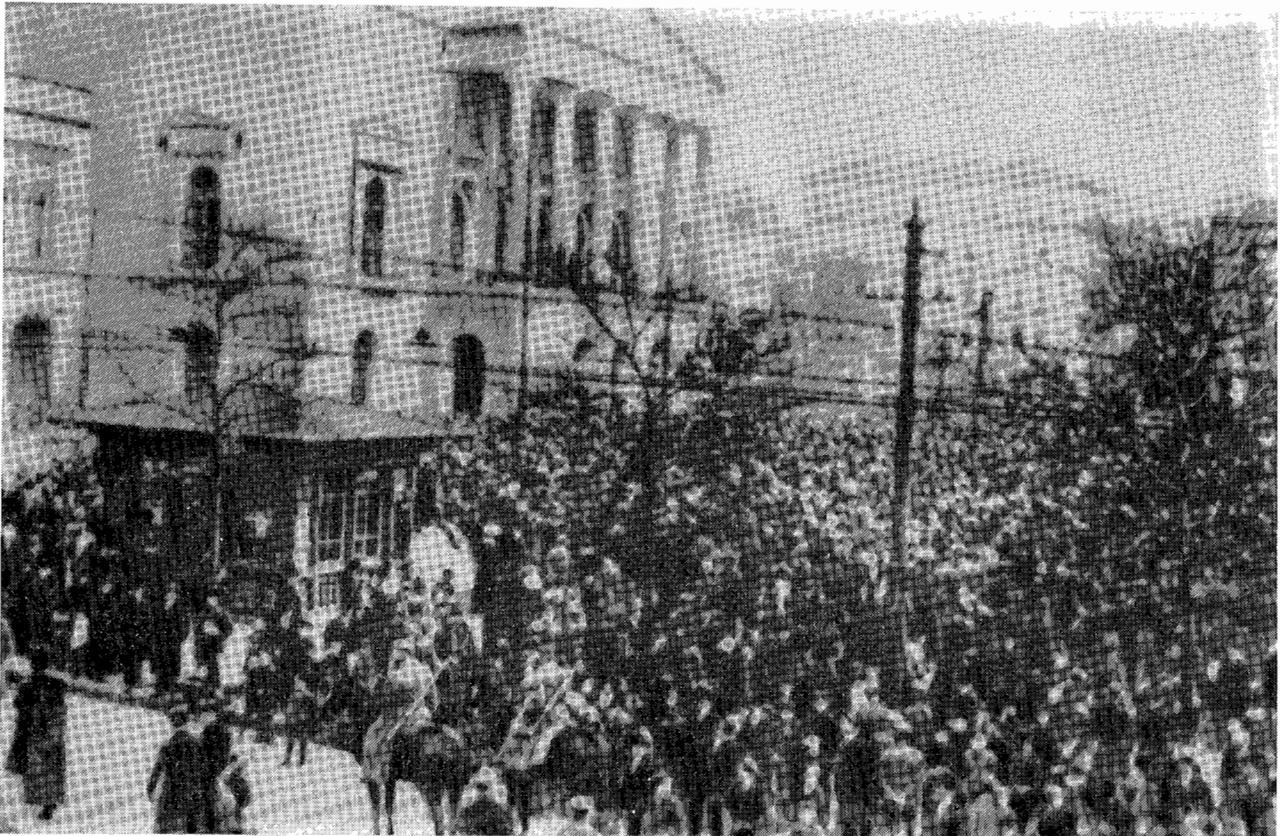
Kritik Luxemburgs

Auch die zentrale Frage der wirt... schaftlichen Macht, der Kontrolle über... die Betriebe, spielte in diesen revolutio... nären Wochen kaum eine Rolle, nicht... mal beim linken USPD-Flügel. So kritisierte... auch Rosa Luxemburg „die Illusion... der ersten Phase ...“, als sei es für... den Verlauf der sozialistischen Revolutio... n genügend, die kapitalistische Regie... rung zu stürzen und durch eine ande... re zu ersetzen. ... Es liegt gerade in dem... ganzen Wesen dieser Revolution, daß... die Streiks sich mehr und mehr aus... wachsen, daß sie immer mehr zum Mit... telpunkt, zur Hauptsache der Revolutio... n werden müssen. Das ist dann eine... ökonomische Revolution, und damit... wird sie die sozialistische Revolution. ... Die Bourgeoisie kann sich eine Mystifi... kation leisten auf politischem Gebiet,

heftige Auseinandersetzung zwischen... den Arbeitern und der „sozialistischen“... Regierung.

Der Reichsrätekongress ...

Die Wochen der Doppelherrschaft... zwischen den Räten und dem bürgerli... chen Staat, in denen sich die Räte zum... Teil Stück um Stück ihre Befugnisse... einschränken ließen, gewann Ebert... wertvolle Zeit, um seinen nächsten... Schlag vorzubereiten; auf dem 1. Reichsrätekongress wollte er endgültig... die Losung der Nationalversammlung, also... der bürgerlichen Republik, durchsetzen... Dieser Kongress mit über 400 Vertretern... aller Räte des Reiches fand vom 16.-24. Dezember in Berlin statt. Doch... schon die soziale Zusammensetzung... des Kongresses spiegelte nicht den... revolutionären Aufschwung der v... gangenen Wochen wider. Nur 179 Delegierte... waren Arbeiter und Angestellte, dagegen... 71 Intellektuelle und Freiberufler sowie... 195 Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Abgeordnete, Journalisten. Rund drei Viertel der... Delegierten waren Mitglieder der MSPD, der... Rest USPDler, darunter 50 revolutionäre... Obleute und eine Handvoll Spartakisten. Der... alte sozialdemokratische Apparat dominierte... eindeutig. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht



Riesige Menschenmassen versammelten sich auf den Plätzen. Die Arbeiter hatten die Macht in den Händen und hielten den Sozialismus für schon erreicht – aber die damalige SPD-Führung führte sie in die Niederlage.

Revolutionäre Arbeiter und Soldaten kämpften im Januar 1919 gegen Truppen, die der SPD-Mann Noske aufgestellt hatte und leitete.



te. Doch in den meisten Orten stellten... MSPD'ler die Mehrheit in den Räten. Viele... MSPD-Anhänger beteiligten sich zwar... aktiv an der Tätigkeit der Räte (im... Gegensatz zur MSPD-Führung, die die... Rätebewegung grundsätzlich ablehnte),... doch waren für sie die Räte mehr oder... weniger eine Übergangserscheinung, die... im Chaos der Nachkriegszeit die öffent... liche Ordnung aufrechtzuerhalten hatten... Sicher wollten auch sie – wie überhaupt... die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung... – den Sozialismus, doch war dieses Ziel für sie schon mit

wo eine Maskerade noch möglich ist, wo... noch Leute wie Ebert, Scheidemann mit... sozialistischen Aufschriften auftreten... können, aber nicht da, wo es um den... Profit geht.“

Doch der Spartakusbund, in dessen... Programm die Forderung nach umfassenden... Enteignungen stand, hatte einen zu... geringen Einfluß auf den Verlauf der... Revolution, als daß diesen Forderungen... ausreichend Gehör und Unterstützung... verschafft werden konnte. Lediglich... um die Frage der Sozialisierung des... Bergbaus entwickelte sich noch eine

sind keine Delegierten. Ein Antrag, sie... beratend hinzuzuziehen, wird abgelehnt... So sind schon gleich zu Beginn die... Mehrheitsverhältnisse klar.

... entmachtet sich selbst

Während des Kongresses sammelten... sich draußen riesige Menschenmengen, rund... 250.000, und demonstrierten unter der... Führung von Karl Liebknecht für ihre... Forderungen: Absetzung der Regierung... Ebert, Bewaffnung des Proletariats, alle... Macht den Räten. Von Seiten der SPD-Führung wurde

alles getan, um bei den Delegierten den... Eindruck zu erwecken, der Sozialismus... sei schon beinahe erreicht und könne... nur noch durch düstre Machenschaften... der Spartakisten gefährdet werden. Als... es dann zur Abstimmung über die wichtigste... Frage – „Rätedemokratie oder Parlament“... – kam, wurde der Antrag der Unabhängigen, den... Staat auf der Grundlage des Rätesystems... aufzubauen, mit 344:98 Stimmen abgelehnt... Ebert errang so einen wichtigen Sieg im... höchsten Organ der Räte. Der Wahltermin... für die Nationalversammlung wurde auf... den 19. Januar 1919 festgelegt. Darüber... hinaus übertrugen die Delegierten ihre... Befugnisse auf den Rat der Volksbeauftragten: Der... Rätekongress hatte sich dadurch selbst entmachtet!

Die schwankende Haltung der... USPD-Führung auch auf dem Rätekongress... bestärkte die Spartakisten darin, mit ihr... zu brechen, „um eine neue unabhängige... Partei aufzubauen, mit einem klaren... Programm, einem festen Ziel, einer einheitlichen... Taktik, höchster Entschluß- und Schlagkraft... und größter revolutionärer Energie.“ (Karl Liebknecht)

KPD-Gründung

Nur eine Woche nach dem Rätekongress, vom 29. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919, findet der Gründungsparteitag... der Kommunistischen Partei Deutschlands... (Spartakusbund) statt. Viele der programmatischen... Aussagen wurden vom Spartakusbund übernommen... Rosa Luxemburg übertrug mit ihren... Grundsatzreferaten. Doch in zentralen... Fragen der Strategie und Taktik war der... Parteitag gespalten.

Gegründet mitten in der Revolution – oder... genauer: schon nach ihren ersten Niederlagen... –, in der spannungsgeladenen Atmosphäre... Berlins, dem Hauptstützpunkt der revolutionären... Kräfte (jedoch nicht zu vergleichen mit der... bereits abgeflauten, teils sogar resignierten... Stimmung im Reich), – in dieser Lage brach die... revolutionäre Ungeduld großer Teile der... Spartakisten durch. Sie verlangten den Boykott... der Wahlen zur Nationalversammlung und den... Austritt aus den Gewerkschaften. Für sie stand... die Eroberung der Macht, die Ablösung der... Regierung Ebert unmittelbar auf der Tagesordnung.

Rosa Luxemburg erklärte dagegen, daß der... nächste Schritt zuerst die „Eroberung der... Massen“ sein müsse. Dazu haben sich die... Revolutionäre jeder Möglichkeit zu bedienen, auch... der Tribüne des Parlaments. Sie forderte zu... einem tagtäglichen, beständigen Kampf in den... Räten auf, um deren Befugnisse zu erweitern... Eine sozialistische Regierung könne nur der... krönende Abschluß eines langwierigen Kampfes... sein. R. Luxemburg auf dem Parteitag: „Ich... spreche von den gewaltigen Massen, nicht von... den Gruppen, die zu uns gehören. Es kommen... Millionen in Betracht, Männer, Frauen, junge... Leute, Soldaten. Ich frage klar, ob Sie mit gutem... Gewissen sagen können, daß diese Massen, wenn... wir hier beschließen, die Nationalversammlung zu... boykottieren, den Wahlen den Rücken kehren werden... oder, noch besser, ihre Fäuste gegen die... Nationalversammlung richten werden? Das... könnt Ihr nicht mit gutem Gewissen behaupten... ... In welcher Weise wollen Sie die Wahlen... beeinflussen, wenn Sie von vornherein erklären, wir... halten die Wahlen für null und nichtig? Wir... müssen den Massen zeigen, daß es keine bessere... Antwort gibt auf den gegenrevolutionären... Beschluß gegen das Rätesystem, als eine gewaltige... Kundgebung der Wähler zustande zu bringen, indem... sie gerade Leute wählen, die gegen die... Nationalversammlung und für das Rätesystem... sind.“

Doch Rosa Luxemburg konnte sich nicht... durchsetzen. Der Parteitag beschloß mit... Mehrheit den Boykott der Nationalversammlung... und den Austritt aus den Gewerkschaften. Damit... isolierte sich die neue Partei selbst von den... Massen. Die Revolutionären Obleute weigerten... sich aufgrund dieser sektiererischen... Entscheidungen, der neuen Partei beizutreten... Sie bleibt damit bis auf weiteres eine... verschwindende Minderheit und ohne Einfluß... auf den weiteren Verlauf der Revolution.

Ohne eine konsequente Führung mit... einem klaren Programm zur sozialistischen... Umgestaltung der Gesellschaft, ohne eine... schlagkräftige Organisation, die dieses... Programm hätte umsetzen können, hatte die... deutsche Arbeiterklasse keine Chance, den... Kampf zu gewinnen. So konnte die herrschende... Klasse mit dem Einsatz der Freikorps im... Laufe der nächsten Monate die Revolution... blutig niederschlagen.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Chile: 55% sagen Nein zu Pinochet! Militärdiktatur am Ende?

Jubel und ausgelassene Freude über die eindeutige Abstimmungsniederlage Pinochets: In den Straßen Santiagos feierten am 6. Oktober, einem Tag nach dem Volksreferendum, in den Arbeiter- und Elendsvierteln vor allem Jugendliche die Niederlage des seit 15 Jahren herrschenden Diktators Pinochet. In einer gewaltigen Demonstration zogen am selben Tag die chilenischen Regimegegner in Richtung Präsidentenpalast und schon - trotz der zuvor betont gelassenen Haltung der Junta - geht das Militär zur Tagesordnung über: Mit Wasserwerfern und grober Gewalt werden die Demonstranten auseinander getrieben. Am 7. Oktober wird bekannt, daß bereits zwei Regimegegner bei einer Protestaktion erschossen wurden.

Das „Nein“ zu Pinochet ist unbestritten ein großer Erfolg der unzähligen Aktivisten, besonders der mutigen Frauen, die oft ihr Leben im Kampf gegen das totalitäre Gewaltregime riskierten. Aber ist es auch das Ende der Militärdiktatur?

Hätte sich die Mehrheit in dem dubiosen Referendum, in dem es nur einen Kandidaten und die „Wahl“ zwischen „Ja“ und „Nein“ gab, für Pinochet ausgesprochen, wäre damit eine weitere achtjährige Amtszeit des 72jährigen Diktators abgesegnet worden. Bei dem vorliegenden Ergebnis sieht die von der Junta selbst durchgeboxte „Verfassung“ vor, daß bis Mitte 1989 „echte“ und „freie“ Wahlen anberaumt werden. Egal, wie diese Wahlen ausfallen sollten, Pinochet wird laut Verfassung weiter hohe Staatsämter im Senat und z.T. auf Lebenszeit be-

halten, wie auch alle wichtigen Bereiche voll in der Hand der Militärs bleiben - allen voran die Befehlsgewalt über die Streitkräfte.

Pinochet. In den letzten Wochen hat dieser sich - wenn überhaupt - nur noch in Zivil blicken lassen. Die Uniform war erstmalig in den Kleiderschrank verbannt; als ob sein neuer Aufzug - brav in Anzug und Krawatte - darüber hinweg täuschen könnte, mit wem wir es hier zu tun haben: dem Kopf einer der abscheulichsten Militärdiktaturen, die es je in der Geschichte gab.

Noch vor kurzem tönte die bürgerliche Presse (Newsweek Nr. 34, 39/88), daß die Opposition, die insgesamt 16 Parteien umfaßt, nur schwer ein „Nein“ in der Abstimmung erlangen könne. Pinochets stärkste Waffe sei der wirtschaftliche Aufschwung, der nach Jahren von Lohnstopp oder gar -kürzungen endlich Lohnerhöhungen ermöglicht habe. Die „Mißwirtschaft“ der sozialistischen Volksfront gehöre damit ein für alle Mal der Vergangenheit an.

Schamhaft „vergessen“ wird hier der Meuchelmord an dem demokratisch



Vor allem Frauen und Jugendliche marschierten bei den Demonstrationen gegen Pinochet in der ersten Reihe.

gewählten, sozialistischen Präsidenten Allende, „vergessen“ das unglaubliche Blutbad an 50.000 Regimegegnern, das die Junta vor allem unter den Arbeitern angerichtet hat, „vergessen“ die „missing persons“, für immer verschollene Personen, deren Tod durch Folter oder Mord noch nicht einmal nachgewiesen werden kann. Pinochet setzte alles daran, die Gewerkschaften und Arbeiterparteien durch Terror und physische Vernichtung zu zerschlagen, was ihm jedoch nur teilweise gelang.

Das Regime war von Anfang an von Instabilität geprägt. Immer wieder

kam es zu wilden, wenn auch kurzen Streiks, Demonstrationen und Unruhen. Am 4. September 1988 schließlich demonstrierten 500.000 Menschen in der Hauptstadt gegen das schein-demokratische Referendum. Keine Frage - die Arbeiter und vor allem die Jugend hassen die Diktatur. Nach Schätzungen starben seit 1983 2000 - überwiegend Jugendliche - in Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Aufschwung - für die Reichen

Pinochets „Silent Revolution“ (stille Revolution) nannte Newsweek den seit geraumer Zeit anhaltenden chilenischen Wirtschaftsaufschwung. 5-6% Wachstum werden für 1988 erwartet, bei einer relativ niedrigen Inflationsrate von 19,9% (1987). Verglichen mit den anderen lateinamerikanischen Staaten (z.B. Brasilien mit sage und schreibe 229,7% Inflationsrate 1987) ist dies eine günstige Lage.

Eines ist sicher: Hätte sich seit dem Putsch die chilenische Wirtschaft kontinuierlich in der Krise befunden, hätte sich Pinochet niemals 15 Jahre lang halten können. Grundlage des Aufschwungs war die Superausbeutung der Arbeiterklasse. 12-14 Stunden tägliche Knochenarbeit sind keine Ausnahme. Billige Arbeitskraft zog Auslandskapital an und garantierte - solange der Export florierte - ein wirtschaftliches Wachstum.

Jedoch im verdienen im Durchschnitt 60% der chilenischen Bevölkerung weniger als 90 DM im Monat! Die Hälfte aller Chilenen ist arbeitslos oder ohne festen Arbeitsplatz. In den

Slums Santiagos hausen die Menschen in Hütten zwischen Abfall und Ratten - ohne Kanalisation, ständig durch Epidemien wie z.B. Typhus bedroht. Daß dieser offene Widerspruch - den Wirtschaftsbossen gehts immer besser, während die Mehrheit der Chilenen in Armut leben - nicht längst zu sozialen Explosionen und Streiks geführt hat, liegt einerseits natürlich an der Angst vor dem brutalen Vorgehen von Militär und Polizei, andererseits an der Schwächung der - vielfach gespaltenen - Arbeiterorganisationen.

Arbeiterkomitees

Aber schon in der Vorphase des Referendums war der Bann gebrochen. Jetzt müssen die Kommunisten und die Sozialisten - die beiden stärksten Arbeiterparteien - in die Offensive gehen. Es reicht nicht, mit „Nein“ zu stimmen, um das Regime zu stürzen. Pinochet selbst hat schon klar gemacht, daß er nicht bereit ist, das Feld zu räumen. Jetzt wäre es nötig, überall im Land Aktionskomitees zu wählen, die einen Generalstreik organisieren und so die Macht übernehmen.

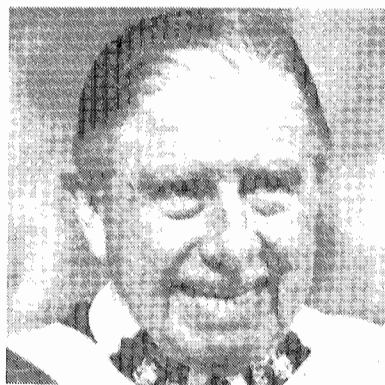
Sie könnten dann Wahlen ausrufen zu einer konstituierenden Versammlung, deren Auftrag die Umsetzung eines revolutionären Programms wäre: Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Mindestlohn, ein Programm sinnvoller öffentlicher Arbeiten, freies (kostenloses) Gesundheitswesen, ein Wohnungsbauprogramm usw. Die Macht der Kapitalisten und der Banken muß gebrochen werden durch Verstaatlichungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

Verhängnisvolle Pläne

Unglücklicherweise haben die Führer der sozialistischen Partei genau das Gegenteil getan. Sie arbeiten statt mit der KP mit den Christdemokraten zusammen und lehnen jede Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Die KP-Führung hat auch eine Allianz mit den Christdemokraten gesucht, wurde aber nicht akzeptiert. Sie hat bislang aber keinerlei Alternativen zu den Führern der Sozialisten oder Christdemokraten entwickelt.

Schon jetzt gibt es Pläne der SP-Führung, im Fall des Zusammenbruchs der Diktatur mit den Christdemokraten eine provisorische Regierung zu bilden. Diese verhängnisvolle Politik wird die Macht in den Händen der Kapitalisten lassen. Eine Zeitlang würde eine derartige Koalitionsregierung sicher große Unterstützung von der Mehrheit der Bevölkerung haben. Aber befangen im Rahmen des Kapitalismus könnten längerfristig keine Verbesserungen für die Mehrheit der Chilenen erreicht werden. Die Bevölkerung wird gezwungen sein, einen Weg zur sozialistischen Revolution zu suchen.

Christina Weishaupt, Aachen
Jungsozialistin



In den letzten Wochen bemühte sich Pinochet, sein „Image“ zu ändern: Plakate zeigen ihn nur noch sanft lächelnd und in zivil.

halten, wie auch alle wichtigen Bereiche voll in der Hand der Militärs bleiben - allen voran die Befehlsgewalt über die Streitkräfte.

Spaltungen

In der Spitze der Junta zeigten sich bereits vor dem Plebiszit deutliche Spaltungen. Anfänglich konnte sie sich nicht einmal auf einen Kandidaten einigen. Aus taktischen Gründen hielten es eine Reihe von Militärs für günstiger, einen Zivilisten aufzustellen, andere wiederum unterstützten



Zwei Tage nach dem Referendum schlägt die Militärregierung wieder in der gewohnten Weise zu: Am 7. Oktober wurden zwei Menschen bei einer Protestkundgebung erschossen.

Algerien

Hungerrevolte gegen Ein-Parteien-Regime

500 Tote - überwiegend Jugendliche - das ist die vorläufige Bilanz der sechs-tägigen „Hungerrevolte“ in Algerien.

Es ist nicht die erste in Nordafrika. 1984 gab es derartige Unruhen in Tunesien und Marokko. Hohe Verschuldung der Länder und die daraus folgenden Auflagen des Internationalen Währungsfonds in Form von Sparmaßnahmen, Abbau von Subventionen usw., hatten dazu geführt, daß die Mehrheit der Bevölkerung Hunger litt.

In Algerien gab es damals noch keine Probleme, da das Land über Erdöl und Ergas verfügte. Aber die Preise für diese Rohstoffe sanken immer tiefer, die Devisen wurden immer knapper. 98% des Staatshaushaltes Algeriens wurden aus den Öleinnahmen bestritten, die 1986 von zwölf auf acht Milliarden US-Dollar gefallen waren. So wurden Mitte der 80er Jahre Einfuhrbeschränkungen für z.B. Olivenöl, Kaffee, Erbsen und Gries verfügt. 1988 allein wurden jedoch noch für eine Milliarde US-Dollar Lebensmittel importiert.

Eine Dürre diesen Sommer verschärfte die Lage zusätzlich, verbunden mit der Entstehung eines Schwarzmarktes und der Korruption der herrschenden Bürokraten wurde die Lage jetzt unerträglich. Ein Kilo Fleisch kostet 60 DM, ein Pfund Butter 20 DM - wenn man überhaupt etwas kriegt.

Zusätzlich verschärfte sich die Wohnungsnot. 60% der Bevölkerung ist unter 20 Jahre alt, und immer mehr von diesen jungen Leuten wollen jetzt eine eigene Familie gründen. Aber die Mieten sind unerschwinglich, in einem dreistöckigen Wohnhaus leben bis zu hundert Personen. Die Arbeitslosigkeit gerade unter Jugendlichen ist hoch, und selbst wer Arbeit hat, hat noch genug Probleme: Die Löhne sind unverändert niedrig.

Ende September traten die Arbeiter der algerischen Auto-Industrie in den Streik. Sie forderten Lohnerhöhungen. Die Beschäftigten der Post schlossen sich an, der Rest der Bevölkerung zog nach. Sie forderten ein Ende der wirtschaftlichen Not und die Aufhebung des Einparteiensystems.

Einparteiensystem

Dieses war 1962 entstanden, als die Befreiungsbewegung FLN die Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Frankreich erkämpft hatte. Er folgte, Frankreich erkämpft hatte. Es folgte, was wir in vielen exkolonialen Ländern beobachten konnten: Aus der Guerillarmee entstand eine Partei, die zwar den Grund und Boden verstaatlichte und an die Bauern verteilte, und die Industrialisierung vorantrieb. All diese Maßnahmen wurden jedoch per Verordnung durchgeführt, ohne die Mitbestimmung und die demokratische

Kontrolle der Arbeiter und Bauern. Korruption und Fehlplanungen sind so unvermeidlich.

Außerdem war nur die politische Unabhängigkeit von Frankreich erreicht worden, die wirtschaftliche blieb bestehen. Die Handelsbedingungen zwischen den beiden Ländern bieten große Vorteile für Frankreich. Präsident Chadli versuchte, die immer größer werdenden wirtschaftlichen Probleme dadurch zu überwinden, daß er private Landwirtschaft zuließ - mit dem Erfolg, daß sich die Nahrungsmittel noch mehr verteuerten.

Islam

90% der Bevölkerung sind Moslems. Dennoch hat der Islam im politischen Leben keine große Rolle gespielt, solange die wirtschaftliche Lage erträglich war. In Ermangelung einer politischen Alternative suchen aber jetzt immer mehr Menschen Trost in den Moscheen, wo in den Predigten harte Strafen für die Schwarzhändler und Schieber gefordert werden, die sich an der neu eingeführten Privatisierung goldene Nasen verdient haben. Islamische Fundamentalisten, die sich am islamischen Staat des Ayatollah Khomeini orientieren, versuchen die Situation für sich auszunutzen und sich vor allem bei den arbeitslosen Jugendlichen eine Basis aufzubauen.

Um der Lage Herr zu werden, hat Präsident Chadli jetzt eine algerische Version von Glasnost und Perestroika angekündigt, mit mehr Mitbestimmungsrechten für die Bevölkerung und wirtschaftlichen Reformen (z.B. mehr Dezentralisierung). Aber was in

dem Riesenland Sowjetunion mit seiner großen entwickelten Industriebasis nicht klappt, wird auch im Entwicklungsland Algerien keine Chance haben.

Barbara Kirschbaum, Köln
SPD-Mitglied



Die katastrophale wirtschaftliche Lage führte in Algerien zu schweren Unruhen. In Algier zerschlugen Jugendliche die Schaufensterscheiben und nahmen sich, was sie zum Leben brauchten.

40 Millionen Kinder sterben, aber: Hauptsache, die Kasse stimmt!

Trotz (eigentlich wegen) der Arbeit des IWF und der „Entwicklungshilfe“ wachsen Elend und Armut der Mehrheit der Menschheit.

Die Gesamtverschuldung der „3. Welt“ erhöhte sich in diesem Jahr um 10,4% auf 1217 Milliarden US-Dollar. In Afrika ist das Pro-Kopf-Einkommen schon niedriger als vor 20 Jahren. In den letzten zwei Jahren sank es noch einmal um 4,2%.

Auf dem Schreibtisch jedes Bankiers und Politikers der Welt liegt schon ein Bericht der UNICEF, der ganz genau erklärt, daß zwischen 1985 und dem Jahr 2000 40 Millionen Kindern allein in Afrika sterben werden, wegen Hunger und sonst heilbarer Krankheiten. Diese Herren könnten das verhindern. Sie tun es aber nicht. Die notwendigen Maßnahmen würden dem Sinne ihres Wirtschaftssystems widersprechen, denn die Armut ist eine Quelle ihres Reichtums.

„Entwicklungshilfe“

Manche Leute glauben, sie könnten durch Spenden das Elend in den exkolonialen Ländern lindern. Allerdings: Selbst in den Fällen, in denen die Gelder ihren Bestimmungsort erreichen, sind sie nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die riesigen Summen Entwicklungshilfe von Regierungen, oder Kredite von Banken aber sind immer mit Aufträgen für die westlichen Industriemonopole verbunden, die den westlichen Wirtschaften viel mehr bringen als dem Empfänger.

Laut der Weltbank mußten die Entwicklungsländer seit 1981 Realzinsen von über 10% zahlen. Die Zinslast stieg letztes Jahr zusammen mit der Schuldentilgung von 94 auf 123 Mrd. US-Dollar. Zurecht fürchten die Banken jetzt, daß die Entwicklungsländer ihre Schulden nicht zurückzahlen können und drehen den Geldhahn zu. Das Ergebnis: Jährlich bekommt der IWF unterm Strich 3 Mrd. Dollar mehr, als er bezahlt. Wie grotesk: Die Verhungerten subventionieren ihre „Entwicklungshelfer“.

Es wäre aber zu einfach, dem IWF und der Weltbank alle Schuld zu geben und sie als Sündenbock nutzen. Sie sind doch bloß Institutionen der westlichen Industriestaaten wie USA, England und der BRD und machen nur das, was diese Staaten und ihre Bankiers, Unternehmer und Waffenhändler brauchen.

Partner?

Diese Armut und extreme Ausbeutung, diese Erpressung der Ärmsten sollte uns daran erinnern, was unsere „Sozialpartner“ mit uns europäischen Arbeitnehmern machen würden, ohne starke Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Es gibt Genossen und Kollegen, die diese Wahrheit vergessen haben. Der Wohlstand in der BRD zeige, daß die „soziale“ Marktwirtschaft das beste System sei. Aber ein System muß in seiner Gesamtheit beurteilt werden. Wie der Nordpol und der Südpol sind die exkolonialen Länder und die marktwirtschaftlichen Industrieländer voneinander abhängige Gegensätze. Ohne die Armut des einen gibt es den Reichtum des anderen nicht, und umgekehrt.

Es gibt zwei Hauptursachen für den Aufschwung in den USA, Europa und Japan der letzten Jahre: den Preisverfall der importierten Rohstoffe und die durch die Haushalts- und Handelsdefizite künstlich geförderte Nachfrage in den USA. Afrika, Asien und Südamerika mußten für beides bezahlen, durch Einnahmeverluste und höhere Zinsen.

Preisverfall

Die Preise der Rohstoffe, die diese Länder exportieren, sind heute 30% niedriger als 1979, in Afrika sogar 50% niedriger als 1977. Allein 1986 wurden so den Industrieländern 118 Mrd. US-Dollar von den Ärmsten „geschenkt“. Wie würde die BRD-Wirtschaft aussehen ohne diese Subvention? Wie hoch wäre die Inflation hier ohne diesen Preisverfall? Und wie hoch sind die Gewinne der Chemie-, Nahrungsmittel- und Textilfirmen, die die Preise ihrer Produkte keineswegs um 30% gesenkt haben?

Das Wort „Entwicklungsland“ er-

weckt bewußt einen falschen Eindruck. Falsch ist die Idee, daß diese Länder auf dem gleichen Weg zur Industrialisierung und zum Wohlstand sind, dem Europa früher gefolgt ist. Die 500 größten westlichen Konzerne, die den Weltmarkt beherrschen, haben die Agrarländer in eine Falle gelockt. Zur Zeit der formellen Unabhängigkeit vor 40 Jahren konnten die-

wenig kam dieser Prozeß zufällig. Im Interesse der westlichen Hersteller wurde der Anbau der gleichen Waren in Nachbarländern gefördert. Unsere Befürworter der „sozialen“ Marktwirtschaft belehren uns, daß das freie Spiel der Nachfrage und des Angebots das effektivste Mittel sei, Waren zu verteilen. Nur, das Überangebot von Rohstoffen auf dem Weltmarkt ist das gezielte Ergebnis der geplanten Überkapazitäten. So wurde der „freie Wettbewerb“ organisiert.

Importzwang

Angewiesen auf die Gnade der Marktkartelle in London, Frankfurt und New York haben viele Länder in den letzten Jahren versucht, ihre

was der Kapitalismus ihnen zu bieten hatte. Jetzt wird es noch schlimmer.

Gibt es keinen Ausweg? In diesem Wirtschaftssystem nicht. Die Schuldnerländer brauchen Wachstum, klar. Aber die Last der Schulden machen das unmöglich. Afrikas Schulden liegen bei 218 Mrd. Dollar, oder 44% des Bruttosozialprodukts des Kontinents. Deshalb sind die Privatinvestitionen von 1,5 Mrd. Dollar 1981 auf nur 400 Millionen jährlich seit 1984 gesunken.

Sinkende Investitionen sind auch die unvermeidliche Folge des fallenden Lebensstandards, der selbst die Folge der IWF-Sparpolitik ist. Noch eine Folge ist der Rückgang der Importe um 40% seit 1980 – nicht der Luxuswaren, die einheimischen Unternehmer und Regierungschefs sparen nicht in diesem Bereich, sondern hauptsächlich der für weitere Produktion notwendigen Industriewaren.

Die erste Voraussetzung einer gesunden Wirtschaftsentwicklung ist die Streichung der Schulden. Das muß die Forderung der Arbeiterbewegung der Exkolonien und der Industrieländer sein. Aber unter den vorhandenen Handelsbedingungen würde auch das das Problem nicht lösen. Noch wichtiger sind die Preise der Exporte. Die Exporte stagnieren seit 1982.

Konzerninteressen

Es gibt keinerlei Aussicht steigender Rohstoffpreise in diesem Jahrhundert, solange der Weltmarkt unter der Herrschaft der Multis bleibt. In so einem Fall würden diese Konzerne – und die Regierungen, die ihre Interessen vertreten – den Prozeß bekämpfen. „So eine Erholung der Rohstoffpreise, die den verschuldeten Ländern helfen würde, würde auch die Industrieländer mit Inflation bedrohen. Die Reaktion wäre eine strengere Geldmengenzpolitik und eine höhere Zinsrate.“ (Financial Times)

Warum bearbeiten die betroffenen Länder ihre Rohstoffe nicht selbst und exportieren sie dann? Dieser Weg wird schlichtweg von den Regierungen der Multis blockiert. Ausgerechnet verarbeiteter Kakao, Kaffee, Textilien, Tabak usw. werden durch alle möglichen Handelshemmnisse von den westlichen Märkten ferngehalten. Soweit „freier Wettbewerb“! Mit der kommenden Weltwirtschaftskrise werden noch mehr protektionistische Maßnahmen gegen die „Dritte Welt“ gerichtet

werden, und die Aussichten für diese Länder werden sich verschlechtern. Für Millionen heißt das Verhungern.

Weltmarkt

Egal, was die Regierungen dieser Länder machen – ob Militärdiktaturen, bürgerliche Demokratien oder sogar die Sandinisten – sie können die Wirtschaftsprobleme nicht lösen ohne einen Bruch mit Kapitalismus und Imperialismus. Und selbst die Länder, in denen der Kapitalismus zusammengebrochen ist, wie Birma oder Mosambik, können dem Weltmarkt nicht entkommen. In den anwachsenden Unruhen und Revolutionen in Algerien, Chile und den Philippinen werden die Arbeiter und Bauern erkennen, daß dies nur als Kontinent möglich ist. Sozialistische Förderationen von Afrika, Asien und Südamerika können die Mehrheit der Menschheit endlich von Ausbeutung und wachsendem Elend befreien.

Gemeinsamer Kampf um gemeinsame Interessen

Die beste „Entwicklungshilfe“, die wir in Europa leisten können, ist das System der Ausbeutung in seinen Hochburgen zu stürzen. Es geht nicht um Karitas, sondern einen gemeinsamen Kampf um die gemeinsamen Interessen gegen die gemeinsamen Unternehmen. Denn Hungerlöhne in der exkolonialen Welt werden immer bewußt gegen die Arbeitnehmer in den Industrieländern benutzt, um z.B. die Ertragskraft der deutschen Gewerkschaften durch Angst vor Entlassungen zurückzudrängen. Solche „internationale Konkurrenz“ wird von Multis schon innerhalb ihres Reiches organisiert.

Die Führungen von SPD und Gewerkschaften können nicht Solidarität predigen und gleichzeitig die Weltmarktwirtschaft befürworten. Das ist ein Widerspruch in sich. Ein sozialistisches Europa mit einer demokratischen Planwirtschaft könnte die Technik Europas mit dem unbegrenzten Potential des Südens verknüpfen und die Demütigung und Not inmitten von Überfluß innerhalb von Jahren abschaffen. Wer „sozialen Frieden“ mit diesem System schließt, läßt die Armen im Stich.

Brent Kennedy, Hamburg
SPD-Mitglied



Hunger, Krankheiten, früher Tod – all das wäre vermeidbar, wenn in einer demokratischen Planwirtschaft die Technik des Nordens und die Rohstoffe des Südens zum Wohle aller miteinander verknüpft würden.

se Länder sich größtenteils selbst ernähren und sogar einen Überschuß von Getreide und Fleisch dem hungrigen Europa liefern. Aber dann wurden sie von „Experten“ beraten, sich auf einzelne „Cashcrops“, also Exportwaren, zu konzentrieren.

Organisierte Hungersnot

Riesige Flächen wurden von Großgrundbesitzern oder Firmen wie der United Fruit Company übernommen und die Kleinbauern vertrieben. Ghana wurde zu 90% von der Ausfuhr von Kakao abhängig. Nur: Während die Preise der aus Europa und Amerika importierten Kapitalgüter (Fahrzeuge, Maschinen usw.) in die Höhe stiegen, sanken die Preise der ausgeführten Rohstoffe. Dieser Schereneffekt ist die Hauptursache für die anhaltende Verarmung der drei Kontinente. Dieser Prozeß wurde während des gegenwärtigen „Aufschwungs“ beschleunigt, so daß die Rohstoff-Preise das Niveau von 1932 erreicht haben, den Tiefststand dieses Jahrhunderts.

Hungersnöte passieren nicht, meinte Berthold Brecht, sie werden vom Getreidehandel organisiert. Ebenso-

schwindenden Devisen durch erhöhte Produktion und Ausfuhr abzudecken. Das Ergebnis ihres Fleißes – weitersinkende Preise – wirkt gegen sie. Und welche Ironie: Wegen des Abbaus der traditionellen Landwirtschaft, der Vertreibung der Bauern in die Städte und der Zerstörung des Bodens sind diese einst blühenden Länder gezwungen, ihre Bevölkerungen mit importiertem Getreide aus den USA zu ernähren.

Verarmung

Selbst während des Nachkriegsaufschwungs in den Industrienationen wuchs die Verarmung. Industrialisierung ging auf Kosten des Lebensstandards der Mehrheit der Bevölkerung und führte zu Verschuldung und Abhängigkeit. In den höchstverschuldeten Ländern sank das Pro-Kopf-Einkommen in den Jahren 1980-83 um 10%. Der Konsum sank in allen außer drei dieser Länder im Zeitraum '80-87. Deshalb war die Zeit des „sozialen Friedens“ im Westen eine Ära von Instabilität, Revolution, Konterrevolution, Krieg und Bürgerkrieg auf drei Kontinenten. Aber das war das Beste,

Internationale Notizen



Peru

Am 13.10. waren 95% der Mitglieder des kommunistisch ausgerichteten Gewerkschaftsverbandes CGTP einem Aufruf zum 24-stündigen Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik des „sozialistischen“ Staatspräsidenten Garcia gefolgt.

Die Lage im Land ist katastrophal. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 40%. Es herrscht Nahrungsmittelknappheit: Reis, Öl und Milch gibt es oft gar nicht.

Die Markt-Arbeiter traten gleichzeitig in einen dreitägigen Streik, um gegen die von der Regierung verordneten Preiserhöhungen von teilweise 1000% zu demonstrieren. Am 17.10. begannen die Arbeiter der Kupferminen einen unbegrenzten Streik. Sie wollen die Regierung zwingen, endlich ihre Versprechungen in die Tat umzusetzen, die sie nach dem letzten Bergarbeiterstreik im Juli und August letzten Jahres gegeben hatte.

Frankreich

Die französische Wirtschaft wächst, und die französischen Arbeiter, die in den letzten Jahren nur sehr geringe Einkom-

mensverbesserungen, in den meisten Fällen jedoch sogar Lohnkürzungen erfahren haben, verlangen nun auch ihren Teil. Ende September hatten sich die Polizeibeamten Gehaltserhöhungen erkämpft, Anfang Oktober erhielten die Fluglotsen Prämienzahlungen, nachdem sie mit Streik gedroht hatten.

Zu demselben Ergebnis führte ein Streik der Renault-Arbeiter in Le Mans. Auch durch Streiks erkämpften sich die Gefängniswärter Gehaltserhöhungen und die Schaffung von 420 neuen Stellen. Nun ziehen die restlichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach, die während der letzten fünf Jahre nur Einkommensverluste erlitten hatten.

Die Krankenschwestern traten in den Streik, die kommunistische Gewerkschaft rief für den 18.10. zum Streik im öffentlichen Dienst auf, die übrigen Gewerkschaften taten dasselbe – für den 20.10. Vor allem dieser letzte Aufruf war erfolgreich. Weitere Aktionen werden folgen und es ist zu erwarten, daß auch die Kollegen in der privaten Wirtschaft dem Beispiel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst folgen werden.

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Leserbrief zum Interview mit Rolf Büttner (DPG), VORAN Nr. 104

Liebe Genossinnen und Genossen!
Will die Gewerkschaftsspitze mit ihrem Tross von Funktionären den Ausverkauf der Deutschen Bundespost überhaupt verhindern? Diese Frage drängt sich mir auf, je länger ich den Kampf der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) gegen die Privatisierung beobachte. Rolf Büttner will uns in diesem Interview wohl weismachen, daß die Postgewerkschaft einen schweren, zweijährigen Kampf hinter sich hat. Von Kampf kann ja keine Rede sein. Unter Kampf verstehe ich den vollen Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft, d.h. volle Mobilisierung aller Mitglieder. Laut Befragung sind 91,1% der Befragten für weitere Aktionen. Das ist ein Votum, das ernst genommen werden muß für einen Kampf, der diese Bezeichnung verdient.

Die von Rolf Büttner genannten Maßnahmen empfinde ich als untauglich. Die Beschäftigten der Post sollten sich bald darüber klar werden, daß Bittgänge zur Bonner Großkonzernregierung nicht die Maßnahmen sein können, um unsere Forderungen durchzusetzen. Da bleibt nur zu hoffen, daß die Gewerkschaftsbasis Druck auf ihre Funktionäre ausübt, damit der eigentliche Kampf bald beginnt. Oder wollen wir warten, bis die Gewerkschaft uns in Zusammenarbeit mit den Kirchen Bittgottesdienste als letztes Mittel verkaufen will?

Bernd Niederer, Stuttgart
Fernmeldeobersekretär

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ein starkes Stück, wie wir Hamburger sagen: Da wirft unser aller Bundeskanzler Kohl den Gewerkschaften Feindschaft vor - womit er Recht hat -, und Ernst Breit, der DGB-Vorsitzende und mein oberster Interessenvertreter, fühlt sich beleidigt. Nun fordert Breit tatsächlich, daß dieser Enkel Adenauers die bislang einzig richtige Aussage entschuldigend (!) zurücknimmt.

Da frage ich mich doch, wie verkehrt ist die Welt, wie unverständlich unser Kanzler und wie unverständlich mein Gewerkschaftskollege Ernst Breit? Was für eine Beziehung sollte denn sonst bestehen zwischen den Gewerkschaften, die die Interessen der Lohnabhängigen vertreten sollen und einer reinen Unternehmer-Regierung wie der von CDU/CSU/FDP? Gegensätzlicher geht's nicht mehr. Doch wer steht wo? Kohl - das ist klar, ist ein Handlanger des Kapitals. Das hat er in der letzten Zeit oft genug bewiesen: zahlreiche Angriffe auf Arbeiterrechte wie §116, jetzt Gesundheitsreform, offener Steuerbetrug, Postzerschlagung, Beratungsgesetz zu §218 und die neue Armut, von der bereits drei Millionen Menschen betroffen sind und täglich werden es mehr - das ist offensichtlich arbeiterfeindliche Politik!

Wie soll sich Breit bzw. die DGB-Führung dazu stellen? Da muß ich dem Kollegen Ernst Breit doch laut zurufen: Die Feindschaft ist da! Wir dürfen diese Realität nicht leugnen, nur um uns vor den notwendigen Aufgaben zu drücken!

Mit sozialistischen Grüßen

Jens Breuß, Hamburg
Juso und GHK-Mitglied

Liebe Genossen!

Merkwürdige Allianzen bilden sich in letzter Zeit: Ungarns Chef Karoli Groz sieht sein größtes Vorbild in Margret Thatcher, die chinesische Regierung schickt Polizeieinheiten nach Polen, um „Aufruhrbekämpfung“ zu lernen - und jetzt treffen sich Kohl



und Gorbatschow. Ob aus dieser neuen Verbindung Erfreulicheres für die Mehrheit der Menschen in beiden Ländern herauskommt als bei den beiden anderen, ist zu bezweifeln.

Kohl wird unter anderem begleitet von über 50 Wirtschaftsvertretern und sechs Bundesministern. Mannesmann-Chef Werner Dieter sagt deutlich, um was es geht: Er glaubt, die Sowjetunion werde langfristig ein hervorragender industrieller Partner sein. Er sehe auf diesem Markt noch große Möglichkeiten. Und nicht nur er: Auf diesem Besuch ist geplant, 32 Firmenvereinbarungen zu unterschreiben.

Eine Reihe von Firmen oder bundesdeutschen Gesellschaften sollen - so ist geplant - die Ausbildung der neuen Managergeneration übernehmen, die für die gemeinsamen Unternehmungen gebraucht wird. Nach welchen Gesichtspunkten diese neuen Leute geschult werden, dürfte wohl klar sein.

Aber auch in der Sowjetunion wird Stimmung gemacht: Die Prawda pries Kohl im Vorfeld seines Besuches als großen Staatsmann. Die Kohl-kritischen Medien in der Bundesrepublik hätten das nur noch nicht erkannt.

Eins ist klar: Ein Unternehmer tut nichts, wenn dabei für ihn nichts herauskommt an Profit. Und woher kommt der? Von den Arbeitern! Das „gemeinsame Haus Europa“, von dem jetzt immer die Rede ist, könnte so aussehen: Die jeweils Herrschenden leben in Saus und Braus, und wir, die Mieter, zahlen die Rechnung.

Mit solidarischen Grüßen
Gertrud Schmitz-Backes, Bochum



Jetzt bestellen!

Die neue Voran-Broschüre „Jugend für Sozialismus“, Preis: 2,50 DM erhältlich bei der Redaktion

In unserer neuen Broschüre gehen wir auf die Hauptfragen ein, mit denen Jugendliche konfrontiert sind. Wir greifen Alltagsprobleme auf und verbinden sie mit den grundlegenden Widersprüchen in unserer Gesellschaft. Und vor allem: Wir zeigen, was man tun kann!

Kampffonds

Auf zum „Endspurt '88“

Sterben ist Klassensache. Da haben die Erben des Henry Ford II, Sohn Amerikas legendären Auto-Industriellen, wohl keine Sorgen - höchstens wegen der Verteilung der 350 Millionen US-Dollar, die er hinterläßt. Nicht ganz so gut schneiden die Strauß-Kinder ab - aber immerhin reicht das 4-Millionen-Erbe aus, um aus jedem einen Millionär zu machen.

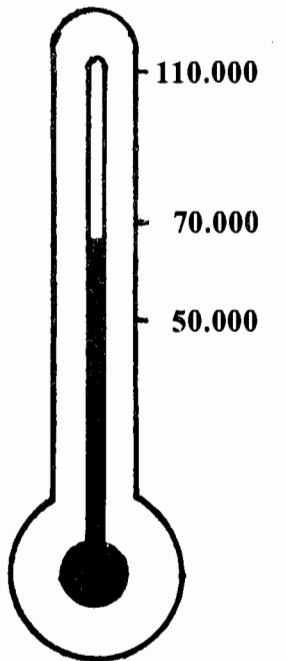
Ganz anders geht es dem Gros des Volkes: Im Todesfall geht ein durchschnittlicher Monatslohn auf jeden Fall für die Beerdigungskosten drauf. Dank der Regierung entfällt nun auch das Sterbegeld für alle nach 1938 Geborenen. Dazu kommen noch die Kosten einer dem Tod vorausgehenden Krankheit, die die Kinder infolge der „Gesundheitsreform“ erben.

Sinnvoller ist es da, für ein besseres (sozialistisches!) Leben zu kämpfen, wo es keine Millionäre mehr gibt, sondern eine Gesellschaft, die die Bedürfnisse aller berücksichtigt. So sehen es zumindest folgende Leser, die für die Zeitung gespendet haben und denen wir hier anstelle aller herzlich danken:

Karin Manssouri, Buchhalterin aus Hamburg, 20 DM und Babak Manssouri, Schüler, 30 DM; Harald Groth, Arbeiter, und Helga Petersen, Hausfrau, beide aus Bremerhaven, je 10 DM; Paul Spechtmeier, Ingenieur aus Köln, 50 DM; Jörg Winter (250 DM) und Luise Janke (40,32), beide Angestellte aus Stuttgart.

Damit hatten wir Ende September die stolze Summe von 64.919,71 DM gesammelt, die 65% unseres Ziels von 110.000 DM entspricht.

Wir haben jedoch noch bis Jahresende viel vor! Unsere Redaktionsräume werden allmählich für die Zeitungsproduktion zu eng und wir wollen ab Anfang 1989 zusätzliche Räume für eine Druckerei anmieten, wo wir unsere Druckmaschine, Reprokamera etc. aufstellen können. Außerdem brauchen wir weitere technische Geräte, wie z.B. Plattenbelichter, Schneidegerät, Heft- und Falzmaschine, Leimpresse etc. Dieser „Druckraumfonds“ soll auch eine Kapitalrücklage bilden, die die Miete für den Druckraum für ein halbes Jahr im voraus



Spendenkonto:
VORAN Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

garantiert. Einen großartigen Start in den „Endspurt 1988“ haben zwei Genossen aus Wiesbaden gemacht, die sich auf ihrer Hochzeitsfeier statt Geschenke Spenden für die internationale und deutsche Arbeiterbewegung gewünscht haben. Von diesen Spenden haben sie 850 DM an den Kampffonds überwiesen! Vielen Dank, Maria Clara und Hans-Gerd.

Die Redaktion ist zuversichtlich, daß unsere Ziele erreicht werden können, wenn jeder Leser sich überlegt, wie er selbst eine möglichst große Spende machen kann. So könnt Ihr z.B. an VORAN denken, wenn es Ende des Monats Weihnachtsgeld gibt!

Fiz Garvie, Redaktion Köln

VORAN-Seminar

Bei dem Ende November stattfindenden Voran-Seminar zu den Themen

- Weltwirtschaft
 - Perspektiven für die politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik
- sind noch einige Plätze frei. Anmeldungen und Einzelheiten über die Redaktion: Telefon 0221/134504.

ihr da oben . . .

Bist du nicht traurig, so brauch' ich Gewalt

Zwei Polizisten in Bayern waren angesichts des Todes von Franz Josef Strauß nicht so recht tieftaurig. Sie wollten sich deshalb der verordneten Staatstrauer nicht beugen und den Trauerflor nicht anlegen. Vielleicht erreichen die gegen sie angestregten Disziplinarverfahren ja, daß die beiden wirklich traurig sind!

Sozialneid

Endlich wissen wir es. Kohl hat doch recht. Dies ist die erfolgreichste Bundesregierung aller Zeiten.

Gegenüber dem vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Millionäre in diesem unseren Land um tolle 20% erhöht. Jetzt leben 125.000 Vermögensmillionäre in der BRD. Seit 1983 sind aufgrund freundlicher Unterstützung der Kohl-Regierung (Steuergeschenke etc.) 43.000 Bürgerinnen und Bürger zu Millionären geworden.

Die rund 20.000 „Neureichen“, die allein seit dem vergangenen Jahr in den Kreis der Vermögensmillionäre aufgestiegen sind, verdanken dies an erster Stelle einer Erbschaft, dann den Wertsteigerungen ihres Immobilien- bzw. Wertpapierbesitzes und erst an dritter Stelle ihrer geschäftlichen Tüchtigkeit, d.h. ihrer außerordentlichen Begabung, Profite anzuhäufen.

Nach der Philosophie von Kohl, Lambsdorff & Co. ist dennoch jeder seines eigenen Glückes Schmied. Wenn z.B. eine durchschnittliche Arbeiterfamilie jeden Monat 200 DM auf die hohe Kante legen würde und dieses Geld nicht für Urlaub oder Weihnachtsgeschenke verprassen würde, dann könnte sie sich nach nur 416,7 Jahren ebenfalls zu dem Kreis der Vermögensmillionäre zählen. Schon dieses kleine Rechenbeispiel zeigt, wie unbegründet jede Form von Sozialneid ist.

Gesundes Volksempfinden

Jedes Jahr lädt Unternehmer Harry Rodenstock einen ausgesuchten Gästekreis zur Weinprobe, unter ihnen Erbprinz Hans Adam von Lichtenstein und Ex-Bundespräsident



Walter Scheel. Gereicht wird nur das Beste vom Besten, Weine im Wert von über 200.000 DM dürfen geschlürft werden. 18 Köche sorgen für die nötige Grundlage.

Zur Auflockerung fand dieses Jahr ein Ratespiel statt, bei dem die Anwesenden ihre Kenntnisse testen konnten: Sie sollten unter zehn „anonymen“ Rotweinen den Besten kürten. Das Prädikat „Höchste Güte“ erhielt nicht der Château Kirwan zu 200 DM die Flasche, sondern ein libanesischer Rotwein für 6,80 DM.

Kein Kommentar nötig

In der Zeitschrift „Impulse“ vom Oktober diesen Jahres waren sehr interessante Zahlen veröffentlicht. Es ging um die jährliche Leistung je Beschäftigten, ausgedrückt in DM.

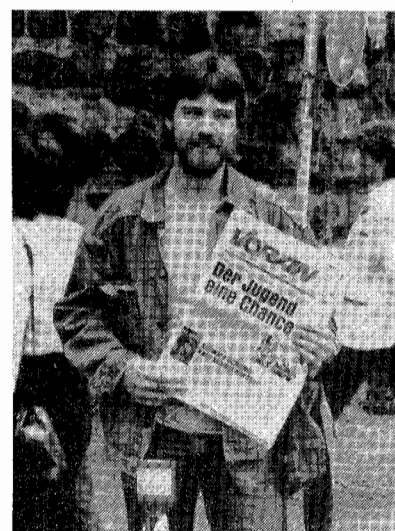
Bei einem Kraftfahrzeugmechaniker beträgt sie 332.000 DM, was monatlich 27.675 DM betragen würde. Ein Radio- und Fernmeldetechniker erbringt Leistungen von 199.900 DM jährlich, also monatlich 16.658,33 DM. Ein Schlosser bringt 161.800 DM ein (13.483 DM monatlich), ein Drucker 150.300 DM (12.525 DM monatlich).

Demgegenüber stehen folgende Löhne: Kfz-Mechaniker 2916,66 DM, Radio- und Fernsichttechniker 2433,33 DM, Schlosser 3108,33 DM und Drucker 3225 DM. Da erübrigt sich jeder Kommentar, oder?



... wir hier unten

Verkauft



Auf den verschiedenen Veranstaltungen der DGB-Aktionswoche fand unsere Zeitung VORAN reges Interesse. Vor allem Mitglieder der DKP möchten gerne wissen, was es mit den „Marxisten in der SPD“ auf sich hat. So kaufte auf der Bahnfahrt nach Bonn zur Demonstration gegen die Gesundheitsreform eine ganze Gruppe DKPler je ein Exemplar zum Solidaritätspreis. Während der Demonstration schimpften viele Leute auf die SPD-Führung, die zu den Angriffen der Kohl-Regierung keine Alternative aufzeigt. Und genau hierfür kämpfen wir in der SPD. VORAN vertritt ein sozialistisches Programm - und das ist die Grundlage, um unsere Situation zu verbessern.

Interview mit Edmund Depta, Betriebsratsmitglied bei Boehringer

„Wir geben nicht auf!“

Wir berichteten in unserer Oktoberausgabe (Nr. 104) über den Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik, auf dem zum erstenmal seit langem wieder kontrovers diskutiert wurde. Ein wichtiges Thema waren die jüngsten Ausschlüsse von zehn Mitgliedern der Vertrauenskörperleitung bei Boehringer-Mannheim. Dabei wurde der Hauptvorstand massiv kritisiert. Katrin und Hans-Gerd Öfinger sprachen mit Edmund Depta, einem der betroffenen Vertrauensleute bei Boehringer-Mannheim.

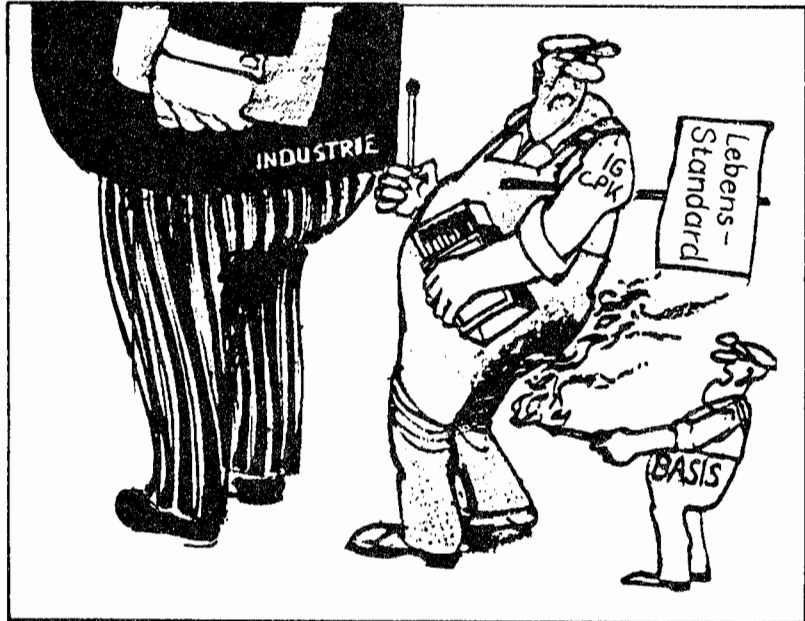
VORAN: Boehringer-Mannheim genießt den Ruf, der bestorganisierte Pharma-Großbetrieb bundesweit zu sein. Ihr seid bekannt für eure aktive und transparente Gewerkschaftsarbeit. Doch das war sicher nicht immer so. Wie habt ihr es geschafft, euch so fest in der Belegschaft zu verankern?

Depta: In den sechziger und siebenziger Jahren machte der damalige Betriebsrat eine sehr undurchsichtige und versteckte Politik, die sich meistens zu Gunsten des Arbeitgebers auswirkte. Man kann sagen, es war eine Art „Geheimrat“, der gezielte Absprachen mit dem Arbeitgeber machte. Unsere gewerkschaftliche Arbeit ging aus der Jugendarbeit hervor. Wir bauten eine Betriebsjugendgruppe auf und waren im Verwaltungsstellen-Jugendausschuß aktiv. 1976 verlor der alte Betriebsrat die Mehrheit im Vertrauenskörper. 1978 bildeten wir dann die stärkste Gruppe im Betriebsrat, und die alten Betriebsräte mit ihrer „Liste der Vernunft“ kamen nur noch auf 25%. Doch bis 1981 wurden wir im Betriebsrat von den anderen (z.B. auch der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, DAG) fast immer überstimmt, da wir noch nicht die absolute Mehrheit hatten.

VORAN: Was hat sich in der gewerkschaftlichen Arbeit seit 1978 verändert?

Depta: Wir versuchten, die Arbeit des Betriebsrats offener zu gestalten als vorher. So gibt es anstelle der bisher üblichen einmaligen Betriebsversammlung im Jahr nunmehr mindestens vier Versammlungen und eventuelle Sonderversammlungen. Außerdem findet fast wöchentlich in irgend einer Abteilung eine Abteilungsversammlung statt. 1978 begannen wir, eine Betriebszeitung herauszugeben, die vierteljährlich erscheint, um die Belegschaft über innerbetriebliche Probleme oder die Arbeit der Vertrauensleute zu informieren. Als wir 1981 die Mehrheit im Betriebsrat bekamen, schickten wir die bisherigen freigestellten Betriebsräte der anderen Listen wieder zur Arbeit und besetzten den Betriebsratsvorsitzenden und seinen Stellvertreter mit eigenen Leuten.

Im Zuge der Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber haben sich inzwischen auch die Betriebsratsmitglieder aus DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft) und VAA (Verband arbeitender Akademiker) auf unsere Seite geschlagen.



VORAN: Ihr seid der bestorganisierte Pharma-Großbetrieb in der BRD. Während die Mitgliederzahlen in allen anderen Großbetrieben, mit Ausnahme von BASF, zurückgehen, steigt die eure kontinuierlich an. Habt ihr gezielte Mitgliederwerbekampagnen gemacht?

Depta: Nein, wir haben keine speziellen Werbewochen oder ähnliches veranstaltet. Die meisten Mitglieder haben wir durch die praktische Arbeit gewonnen. Wer gut informiert ist, will auch immer mehr wissen! Wir haben auch die Erfahrung gemacht, daß Angestellte, entgegen der weitverbreiteten Meinung in SPD und Gewerkschaften, nicht konservativ sind. Wir konnten uns gerade bei Angestellten gut verankern und zwar vor allem durch engagierte und offene Arbeit. Am besten kann ich das an einem Beispiel

verdeutlichen: Vor ein paar Jahren sollte ein Projekt, mit dem siebzig hochqualifizierte Angestellte beschäftigt waren, aus finanziellen Gründen einfach abgebrochen werden. Die Kollegen mußten um ihren Arbeitsplatz bangen. In eingehenden Diskussionen mit dem Betriebsrat stellten sie fest, „so nicht mit uns“. Sie setzten sich eine Woche lang in das Betriebsratsgebäude und entwickelten ein Konzept, wo und was sie zukünftig arbeiten könnten. Sie hatten Erfolg, denn die Geschäftsleitung hat nach und nach alle Vorschläge angenommen. Diese Abteilung hat den höchsten Organisationsgrad bei Ingenieuren und höhe-

ren Angestellten in der ganzen Firma! Paradoxerweise hört man gerade bei Angestellten oft die Aussage: „Das, was ihr macht, finden wir gut und unterstützen wir auch. Doch in die konservative IG CPK (Chemie, Papier, Keramik) mit Rappe an der Spitze können wir nicht eintreten!“

VORAN: Wie hat sich der Konflikt mit der Gewerkschaft entwickelt, der in eurem Ausschluß gipfelte?

Depta: In den Jahren seit 1978 erfuhren wir mehr und mehr Unterstützung unserer Positionen, sowohl im Betrieb als auch in der Verwaltungsstelle der CPK in Mannheim. Seit April '88 gibt es eine Mehrheit für unsere Anträge, und im Vorstand der Verwaltungsstelle waren erstmalig vier Leute von uns vertreten, so daß sich die Mehrheitsverhältnisse zugun-

sten einer fortschrittlichen und kämpferischen Politik verändert haben. Die Verwaltungsstelle Mannheim ist mit 17.000 Mitgliedern die größte Baden-Württembergs und so ist es verständlich, daß der Hauptvorstand die Angst hat, daß Mannheim „ausflüpft“. Die Situation verschärfte sich durch den Konflikt mit unserem betreuenden Sekretär R. Schiltz, der unsere Arbeit permanent behindert und erschwert hat. Wir Vertrauensleute entzogen ihm das Vertrauen und wollten einen anderen betreuenden Sekretär. Der Vorstand schaltete aufstür und so kam es, daß es nur noch einen formalen Kontakt zur Verwaltungsstelle gab, und im eigentlichen Sinne keine Betreuung mehr stattfand. Es war somit klar, daß es mit den anstehenden Aufsichtsratswahlen wieder zu einem Konflikt kommen mußte. Dem Vorschlag von der Vertrauenskörperleitung für die Besetzung des Posten stimmte der Hauptvorstand in Hannover nicht zu. Wir wollten den Bezirksleiter aus Stuttgart, R. Sutterer, als ersten Kandidaten und er war auch dazu bereit. Doch Hannover wollte den Kollegen G. Andres an der ersten Stelle. Zum Eklat kam es dann bei der Geldfrage. Wir erwarteten von unseren Aufsichtsratsmitgliedern, daß sie mündlich erklären, den Rest von den Aufsichtsratskandidaten, welche ja sowieso bis auf 5000 DM an die Hans-Böckler-Stiftung abgeführt werden, nach der Versteuerung gewerkschaftlichen Zwecken zuzuführen. G. Andres lehnte dies ab, und so kam es zu keiner Einigung mit ihm. Die Vertrauensleute lehnten ihn ganz klar ab, und wir von der Vertrauenskörperleitung sahen unsere Aufgabe nicht darin, die Vertrauensleute von dem Kandidaten des Hauptvorstandes zu überzeugen. Bei uns herrscht eine andere Struktur als in Hannover. Hier gibt es bei den Vertrauensleuten ein großes Selbstbewußtsein, so daß es nicht möglich ist, eine Entscheidung von oben her vorzugeben. Wir wußten, daß die Wahlen deshalb nicht zu Gunsten Andres ausfallen würden und haben das auch in



Edmund Depta, Betriebsratsmitglied bei Boehringer, Mannheim.

Presseerklärungen offen zugegeben und davor gewarnt. Doch das wurde uns letztendlich im Ausschlußverfahren zum Vorwurf gemacht.

VORAN: Wie hat sich eure Arbeit verändert, seitdem zehn von elf Mitgliedern der Vertrauenskörperleitung ausgeschlossen wurden?

Depta: Die Vertrauensleute stehen weiter zu uns. Das wurde deutlich, als die Verwaltungsstelle eine neue Leitung wählen lassen wollte. Wir Ausgeschlossenen waren nicht dazu eingeladen und der Antrag der Vertrauensleute, uns zumindest als Gäste zuzulassen, wurde abgelehnt. Die Vertrauensleute ließen sich nicht darauf ein und verließen die Sitzung.

In der Praxis hat sich für uns nichts verändert. Wir fühlen uns weiterhin als Gewerkschafter und nehmen auch weiterhin neue Mitglieder auf. Wir versuchen mit allen Mitteln, wieder in die Gewerkschaft zu gelangen und klagen jetzt beim Landgericht in Hannover. Wir sind ziemlich sicher, daß wir gewinnen werden.

VORAN: Was können andere Gewerkschafter aus eurem Kampf lernen?

Depta: Das Wichtigste ist meiner Meinung nach, daß sich die Linken in der Gewerkschaft offen bekennen und sich der Diskussion mit Andersdenkenden stellen. Wenn man nicht taktiert und ganz offene und praktische Arbeit im Betrieb macht, ist es möglich, Mehrheiten zu finden.

VORAN: Vielen Dank für das Interview!

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatz-Garantie für die Beschäftigten.
- Garantiertes Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.

- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung ...
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

DGB-Aktionswoche

Chance nicht genutzt

Die DGB-Aktionswoche ist gelaufen, Dieter Mahlberg, DGB-Vorsitzender von Nordrhein-Westfalen sieht sich in der Herangehensweise bestätigt und sagt, „daß sich die Orientierung auf dezentrale Aktivitäten als richtig erwiesen hat.“ Grund: „Es ist uns gelungen, die Menschen direkt anzusprechen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.“

Letzteres mag durchaus der Fall gewesen sein. Aber genügt das? Entspricht es dem Anspruch und dem Ziel, das der DGB sich selbst mit der Aktionswoche gesteckt hat? In einem Flugblatt des DGB-Kreis Stuttgart findet sich der Satz: „Der Gesetzgeber kann nur durch das Demonstrationsrecht beeinflusst werden, da erst in zwei Jahren wieder Wahlen sind.“

Nötig: machtvolle Demonstrationen

Und angesichts der vielfältigen Angriffe der Kohl-Regierung auf die Arbeiterklasse wäre genau das der richtige Weg gewesen: der Regierung mit machtvollen Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen zu zeigen: So nicht mit uns!

Zwar wurden im Laufe der Aktionswoche die unterschiedlichen Themen aufgegriffen, wie Gesundheitsreform, Betriebsverfassungsgesetz, Ausländerrecht, Verschärfung des §218,

Postprivatisierung und Ladenschlußgesetz. Aber wegen der dezentralen Aktionen wurde wenig Macht und Stärke gezeigt - weder den Unternehmern und ihrer Regierung noch den Kollegen. Dazu wäre eine Großdemonstration nach Bonn, die alle die von den Maßnahmen der Bundesregierung Betroffenen zusammengefaßt hätte, sicherlich besser geeignet gewesen.

Nun gab es ja eine Demonstration in Bonn, gegen die geplante Gesundheitsreform. Ca. 8000 Teilnehmer waren da. Das war schon eine ganze Menge, und besonders junge Kollegen, die sich zum ersten Mal an einer derartigen Kundgebung beteiligten, waren beeindruckt und fühlten sich in ihrem Kampf ermutigt.

Mobilisierung

Aber bei richtiger Mobilisierung wäre eine Beteiligung von einigen Hunderttausend möglich gewesen! Immerhin sind 80% der bundesdeutschen Bevölkerung der Meinung, daß diese Reform eine Verschlechterung ihrer Lage bedeutet. Nur, leider wußte kaum jemand von der Demonstration! So war z.B. nicht plakatiert worden. Einige Bonner Gewerkschafter, die zufällig an der Demonstration vorbeigingen, hatten nicht davon gewußt.

Zwar hatte der DGB Flugblätter dazu herausgegeben, die man aber nur mit viel Glück oder auf direkte Nachfrage zu Gesicht bekam. Hier, wie auch in anderen Fällen, zeigte sich: Da, wo einzelne Kollegen vor Ort die Mobilisierung in die Hand nahmen, stießen sie auf große Resonanz. So reisten zum Beispiel Kollegen aus einem Be-



Die Demonstration gegen die Gesundheitsreform hat vor allem junge Kollegen zum Kampf ermutigt. Aber bei richtiger Mobilisierung wäre viel mehr drin gewesen!

trieb in Mannheim mit 90 Mann an. Ähnliche Erfahrungen gab es auch bei den Aktionen gegen die Postprivatisierung. In Aachen beispielsweise kam eine Standaktion nur dadurch zustande, weil ein aktiver Kollege sich hinstellte und das erforderliche Informationsmaterial selbst kopierte. Was hätte erreicht werden können, wenn die 91% der Postbeschäftigten, die ihre Bereitschaft erklärt hatten, sich an weiteren Aktionen gegen Schwarz-Schillings Pläne zu beteiligen, wirklich in Aktionen einbezogen worden wären! Dazu reicht natürlich ein Aushang am schwarzen Brett nicht aus.

Der Regierung Dampf machen!

Die erfolgreichste Aktion während der Aktionswoche war sicherlich die, während der Arbeitszeit Betriebsversammlungen gegen das Ladenschlußgesetz zu machen. Über 100.000 Beschäftigte im Einzelhandel haben sich daran beteiligt. Das zeigt deutlich: Die Kollegen sind bereit. Nur muß die Gewerkschaftsführung ihnen auch wirklich die Möglichkeit dazu geben!

Hans-Peter Dostert, Köln
Jungsozialist und IGM-Mitglied

VORAN

Schwarz-Schillings Postpläne

Streik ist die beste Waffe

Die Kohl-Regierung plant die Zerschlagung und Teilprivatisierung der Bundespost. Gegen diese Pläne gibt es schon seit vielen Monaten Einzelaktionen der Postgewerkschaft. Am 16. 11. sind alle Postler aufgerufen, zur Demonstration nach Bonn zu kommen.

Zerschlagung der Post bedeutet, daß die drei zur Post gehörenden Bereiche gelbe Post (Brief- und Paketdienst), Postgiro- und Fernmeldewesen (Telekom) mehr „unternehmerische Freiheit“ bekommen sollen. Die Folge: Kahlschlag an Arbeitsplätzen, verschärfte Arbeitsbedingungen, Spaltung der Belegschaften. Teilprivatisierung bedeutet, daß es Kapitalisten in vielen Bereichen erlaubt sein soll, zur Post als Konkurrent aufzutreten. Sie würden sich die „Rosinen“, d.h. alles, was Profit bringt, herauspicken, der verlustbringende Rest bliebe bei der Post.

Forderungen

Es ist richtig, daß die DPG (Postgewerkschaft) Aufklärungsaktionen nach außen hin organisiert und um Unterstützung bei der gesamten Bevölkerung wirbt. Dabei dürfen wir aber nicht übersehen, daß viele Arbeiter (Postler und andere) auch mit der bestehenden Bundespost unzufrieden sind. Die Post ist heute nicht „unsere Bürgerpost“, auch wenn die Tatsache,

daß sie verstaatlicht ist, schon enorme Vorteile bringt, v.a. die hohen Investitionen im Unterschied zur Privatindustrie.

Aber: Drastische Verbesserungen für die Beschäftigten und im Service sind dringend notwendig. Und: Die Arbeiter selbst sollen bestimmen können, was in und mit der Post geschieht. Reformforderungen im Sinne der Arbeiter sind die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Mobilisierung gegen die Zerschlagungspläne.

Kampfbereitschaft vorhanden

Die Kampfbereitschaft bei den Postkollegen ist jetzt schon außerordentlich hoch. In der DPG-Umfrage Anfang September erklärten sich 91,1% der befragten Postler bereit, an weiteren Aktionen gegen die Privatisierung teilzunehmen. Nun sollten auch alle zum Kampf aufgerufen werden.

Der Kampf gegen die Zerschlagung der Post muß auf den Lehren der Vergangenheit aufbauen. Die Entwick-

lung der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung ist eine Warnung für die Postgewerkschaft. Bereits 1977 hat der Gewerkschaftstag die 35-Stundenwoche als Tarifziel beschlossen. Bis heute ist dieses Ziel nicht annähernd erreicht. Anstatt die volle Kampfkraft der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst zu mobilisieren, wurden immer wieder kampflos Kompromisse gemacht. Das Ergebnis ist, daß der Arbeitsplatzabbau weiter fortschreitet.

Streik

Falls sich die Regierung von der jetzt stattfindenden Demonstration nicht von ihren Plänen abbringen läßt, sollte die DPG nicht vor einem Streik zurückschrecken.

Doch Mitglieder des DPG-Vorstandes verweisen oft darauf, daß Streiks nicht möglich wären. In einem Interview mit VORAN (Nr. 104) sagte z.B. Rolf Büttner: „Es besteht breiter Konsens innerhalb unserer Organisation, daß die Poststrukturveränderung nicht im klassischen Sinne ‚streikfähig‘ ist.“

Ein Streik bei der Post bedeutet enormen ökonomischen und politischen Druck auf Regierung und Kapital. Die Regierung wird natürlich versuchen, politische Streiks für illegal zu erklären und die Justiz einzusetzen,

„Einheit und Bürgerpost statt Dreiteilung und Ausverkauf“

Kommt alle zur Demonstration gegen die Postprivatisierung nach Bonn am

16. November 1988

(Buß- und Betttag)

Nähere Informationen (Fahrgelegenheiten usw.) bitte bei der örtlichen Geschäftsstelle der Postgewerkschaft erfragen.

um sie zu verbieten. Davon darf sich die Gewerkschaftsbewegung aber nicht einschüchtern lassen. Hätte sie sich immer an die geltenden Gesetze gehalten, gäbe es heute weder Gewerkschaften noch gewerkschaftliche Rechte. Das gilt auch für das Beamtenstreikrecht.

Wenn uns die Herrschenden Gesetzesbruch vorwerfen, sollte man sie daran erinnern, daß nicht mal sie ihre eigenen Gesetze einhalten. Schwarz-Schilling hat zum Beispiel in seiner Batteriefabrik in Berlin die Grenzwerte für Blei überschritten und damit die Gesundheit von Anwohnern in Gefahr gebracht. Bei den ganzen Skandalen, in die die Regierung verwickelt war, wurde zimal Gesetzesbruch beangangen.

Und dann sollen sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht mal das Recht nehmen, durch Streik ihre existenziellen Interessen zu verteidigen? Wo Recht zu Unrecht wird, ist Widerstand Pflicht. Und genau das ist

über. Die Kohl-Regierung schröpft uns alle per Steuer- und Gesundheitsreform und beschneidet unsere gewerkschaftlichen Rechte (Streikrecht, Betriebsverfassungsgesetz usw.). Ein Streik von hunderten Tausenden Postlern wäre das Signal für Millionen anderer Arbeiter, selbst in Aktion zu treten. Gegen Millionen sind Millionen machtlos.

SPD und DGB

Die SPD kann eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Zerschlagung der Post spielen. Die Debatten im Bundestag über Schwarz-Schillings Gesetzesvorhaben müssen für eine kompromißlose Oppositionspolitik genutzt werden. Die SPD muß einen eigenen Gesetzentwurf für eine Postreform im Sinne einer demokratischen Arbeiterverwaltung und -kontrolle einbringen. SPD-regierte Länder und Städte müssen lokale und landesweite Aktionen der Postgewerkschaft offiziell unterstützen. Der Parteivorstand muß die



Eine machtvolle Demonstration in Bonn könnte ein wichtiger Schritt sein im Kampf gegen Schwarz-Schillings Privatisierungspläne.

bei der Zerschlagung der Post der Fall. Auf dem Gewerkschaftstag der Postgewerkschaft 1986 hat der Hauptvorstand bereits angekündigt, daß das Beamtenstreikrecht gegebenenfalls durch kollektive Arbeitsniederlegung durchgesetzt werden muß. Man kann nicht den Beschluß fassen, daß auch Beamtenstreiks legitim sind und ihn dann fallenlassen, wenn er aktuell ist.

Die Stärke der Arbeiter

Das Wort von der „Streikunfähigkeit“ kann sich auch nicht auf eine mangelnde Streikstimmung bei den Post-Kollegen beziehen, denn dazu wurden sie bisher nicht befragt.

Ein Postlerstreik hätte enorme Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft. Auch in vielen anderen Branchen stehen die Kollegen Angriffen gegen-

gesamte Mitgliedschaft über Schwarz-Schillings Pläne aufklären. Auf allen Ebenen muß es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Postgewerkschaft und Partei kommen.

Der Kampf gegen die Zerschlagung der Post kann nicht isoliert vom Kampf gegen andere Angriffe gesehen werden. Die Beschäftigten bei der Bahn und in anderen Staatsbetrieben sind mit ähnlichen Angriffen konfrontiert. Die ganze arbeitende Bevölkerung und die Jugend hat unter der Politik der Kohl-Regierung zu leiden. Alle einzelnen Kämpfe müssen zu einer einheitlichen Massenbewegung zusammengefaßt werden, mit dem Ziel, die Kohl-Regierung endlich in die Knie zu zwingen.

**Bruno Hof, Köln
Jungsozialist**

Arbeiterpost statt Unternehmerpost!

- Keine Zerschlagung, sondern Erhalt der Bundespost als einheitliches staatliches Unternehmen.
- Schluß mit Privatisierungen und Lockerungen des Postmonopols. Stattdessen Rücknahme aller Privatisierungen und Wiederherstellung bzw. Ausweitung des Postmonopols durch Enteignung der entsprechenden privaten Firmen bei Übernahme aller dort Beschäftigten.
- Verstaatlichung der Elektronikkonzerne Siemens, SEL und Bosch, der Hoßlieferanten der Bundespost, unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Von Serviceleistungen der Post über Installationen von Netzen und Geräten bis zur Herstellung der Produkte für die Postdienste darf nichts der Profitmacherei ausgeliefert sein.
- Ausbau der Dienstleistungen und Verbesserung des Service in allen Postdiensten.
- Keine Gebührenerhöhungen bei der Post. Stattdessen ein Preisgefüge zugunsten der arbeitenden Bevölkerung. Rücknahme der letzten Gebührenerhöhungen beim Telefon: Abschaffung des Zeittaktes bei Ortsgesprächen und Wiedereinführung des Mondscheintarifs.
- Schluß mit Arbeitsplatz- und Lehrstellenabbau bei der Post.
- Übernahme aller Auszubildenden in ihren erlernten Beruf.
- Umwandlung aller Zeitverträge in unbefristete Arbeitsverträge.
- Das Recht auf einen Vollarbeitsplatz für jeden Teilzeitbeschäftigten.
- Massive Arbeitszeitverkürzungen für alle bei vollem Lohnausgleich;
 - sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche;
 - 1 1/2-facher Freizeitausgleich für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienst;
 - mindestens 6 Wochen Urlaub für alle.
 Jede Erhöhung der Arbeitsproduktivität muß den Beschäftigten zugute kommen.
- Für einen Mindestlohn von 1500 DM netto für einen Vollarbeitsplatz und entsprechenden Mindestlohn für Teilzeitarbeit.
- Massive Erhöhung der Schichtzulagen.
- Ein einheitliches Dienstrecht für die Post-Beschäftigten mit Arbeitsplatzgarantie und vollen demokratischen Rechten (einschließlich Streikrecht) für alle.
- Alleinige Verwaltung der Post durch einen Verwaltungsrat, der sich aus einem Drittel gewählter Belegschaftsvertreter, einem Drittel gewählter Vertreter des DGB und einem Drittel Vertreter des Staates zusammensetzt.
- Die gewählten Vertreter von Belegschaft und DGB müssen jederzeit abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als das durchschnittliche Gehalt der Postbeschäftigten.

Ich möchte

VORAN
unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 134504



Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 2500 59-430